

Politische Berichte ★

Nummer 9/15. Jahrgang

6. Mai 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Keine Daten, keine Waffen an die Türkei!

Von Ulla Jelpke

Weil man „in der Außenpolitik freundschaftliche Beziehungen hegen und pflegen müsse, weil zudem „fundamentalistische Tendenzen“ Hilfe für die Türkei notwendig machten, kommen Verteidigungsminister und Außenminister zu dem Ergebnis, der Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Bevölkerung sei nicht nachweisbar. (Reuter, 1.5.94)

Geprüft wurden Fotos von Menschenrechtsgruppen, die zur Zeit der Newroz-Feiern und zur Wahlbeobachtung in



„Friedenspolitiker“

Kurdistan waren. Nach ihren Reisen erhoben sie scharfe Anklagen gegen die Kumpel der Deutschen mit der türkischen Regierung. Als hörte sie zum ersten Mal davon, als sähe sie zum ersten Mal derartige Fotos, sicherte die Bun-

desregierung eine Prüfung zu. Ergebnis der Prüfung: Es sei nicht nachzuweisen, daß Fahrzeuge und Waffen aus deutschen Lieferungen stammten und „zudem zeige keines der Fotos Fahrzeuge in Gefechtsposition oder vor zerstörten Häusern“. Zynismus trifft diese Art Prüfung irgendwie nicht richtig...

Die Verlotterung der politischen Moral in Regierungskreisen treibt neuen Höhepunkten zu. Kinkel kennt natürlich die Bilder vom letzten Jahr, auf denen z.B. ein NVA-Panzer einen Kurden hinter sich herschleppt. Deshalb formuliert er präzise: Es gibt „bislang keine Belege dafür, daß die türkische Armee erneut (!) Waffen aus Deutschland gegen Kurden eingesetzt hat.“ (Reuter, 1.5.)

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Sterken (CDU), kennt allerlei differenzierte Argumente nicht. Für ihn war und ist es immer alles klar: „Er selbst habe diesen Anschuldigungen auch nie Glauben geschenkt. Die meisten der Deutschen, die zur Kommunalwahl in Südostanatolien gewesen seien und über das Gerät aus deutschen Beständen berichtet hätten, seien vorgenommen und keine neutralen Beobachter gewesen“ (Reuter, 2.5.).

In gewohnter „Neutralität“ wird die Bundesregierung noch in dieser Woche über den zeitweiligen Lieferstopp für Waffen an die Türkei entscheiden ... Wie letztes Jahr nach Newroz, und wie im Jahr davor ...

Und tatsächlich ist diese Politik der Waffen ja auch nur die Fortsetzung der Fortsetzung Seite 2 oben

Die letzten Entwicklungen in Deutschland und die Haltung des deutschen Staates gegenüber diesen Entwicklungen sowie die Proteste von Kurden haben die Tagesordnung geprägt. Insbesondere die Debatte, die sich vor und nach Newroz herausgebildet hat, führte zu heftigen Diskussionen, über die in den Medien berichtet wurde und die immer noch unter verschiedenen Aspekten im Mittelpunkt stehen. Zweifellos zeigt dieser nunmehr alltägliche Themen-

schwerpunkt, daß es hier um ein ernsthaftes Problem geht. Wenn es tatsächlich um ein für viele Kreise noch tiefgreifendes Problem geht, muß notwendigerweise eine Lösung gefunden werden.

Daß sich dieses Problem gerade in Deutschland, und nicht in anderen europäischen Ländern, zuspielt, hat seinen Grund. Zunächst gibt es hier viele Menschen aus Kurdistan, die mit unserer Partei eng verbunden sind. Dieses große menschliche Potential ist von der Ungerechtigkeit des türkischen Staates und seinem barbarischen und von keinem Menschen zu akzeptierenden unmenschlichen Vorgehen in Kurdistan betroffen. Außerdem hält Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern die engsten Beziehungen zur Türkei. Diese Beziehungen sind vielseitig und der türkische Staat nutzt sie gegen den von der PKK geführten Nationalen Befreiungskampf Kurdistans aus. Der türkische Staat antwortet auf die Vorschläge, die im Rahmen unseres legitimen und gerechten Befreiungskampfes für eine politische Lösung hervorgebracht wurden, nur negativ und beharrt auf seiner Gewaltpolitik. Diese Haltung hat ihre Ursachen in der Unterstützung durch das Ausland.

Ich betone: Das Klima, das man in Deutschland gegen uns aufzubauen

versucht, ist ungerecht. Die Behauptungen, die in keiner Weise den Tatsachen entsprechen, versetzen unser Volk in Unruhe. Die ganze Welt weiß, daß wir die Seite vertreten, die für eine politische Lösung der Frage ist und in diesem Punkt vertrauenswürdig sind.

Ich möchte klarstellen, daß wir auch jetzt für internationale Beobachtung und auf dem Wege des Dialogs zu einer politischen Lösung bereit sind. Es ist der türkische Staat, der auf Gewalt beharrt, der sowohl unsere Nation als

rer Heimat nach Europa transportiert.

Wie dem von mir Gesagten zu entnehmen ist, bezwecken wir nicht, in Deutschland Unruhe zu stiften oder eine angespannte Atmosphäre herbeizuführen. Ganz im Gegenteil, wir streben nach freundschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern, insbesondere zu Deutschland, und erwarten, daß Deutschland Druck auf die Türkei ausübt.

Es sind Menschen aus Kurdistan in Deutschland, deren Dörfer verbrannt sind, deren Heimat bombardiert wurde, deren Verwandte ermordet werden. Diese Menschen protestieren dagegen, führen Veranstaltungen durch, tragen Fahnen, Farben und Transparente — dazu haben sie ein demokratisches Recht wie die Deutschen und alle anderen Völker, und von diesem Recht möchten sie Gebrauch machen. Es ist jedoch notwendig, daß sie dies tun, ohne die deutschen Gesetze zu mißachten, daß sie sich im Rahmen der Gesetze bewegen. Wir haben in diesem Punkt unserer Organisation aufgetragen, alles Machbare zu unternehmen.

Unsere Nation, die Schmerzen erleidet und deren Name gelegentlich wird, hat im demokratischen Rahmen ihre Proteste bekundet. Ich erwarte von Deutschland, daß es unserer Nation im Bereich seiner Gesetze behilflich ist. Ich glaube, daß die notwendigen Schritte für die Lösung solcher Probleme mit gutem Willen möglich sind, und daß wir die notwendige Sensibilität zeigen werden.

In diesem Sinne sende ich herzliche Grüße und gute Wünsche an die Menschen aus Kurdistan und das von uns geschätzte deutsche Volk.

Abdullah Öcalan ist Generalsekretär der PKK. Die Erklärung datiert vom 26. April 1994.

A. Öcalan zu den Newroz-Ereignissen in der BRD



auch deren Rechte ignoriert. Dies war aus dem Mund des Innenministers persönlich zu hören und auch der Presse zu entnehmen. Wiederum war es der türkische Staat, der Aktivitäten in Europa ankündigte und bereits die ersten Schritte dazu mit der Ermordung eines Patrioten in Dänemark und des Vorsitzenden des Solidaritätskomitees Zypern sowie mit den Angriffen auf die kurdischen Intellektuellen in Brüssel unternahm und seinen Terror aus unse-



Die Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai waren eher schwach besucht. In zahlreichen Orten ging die Polizei gezielt gegen kurdische Teilnehmer vor. In Kassel wurden zwei Kurden wegen Tragens von PKK-Anstecknadeln mehrere Stunden lang festgenommen. In Hannover wurden Kurden kurz vor dem Kundgebungsplatz von der Polizei aus dem Block der IG Metall herausgedrängt. Sie konnten aber noch zum Kundgebungsplatz vordringen. In Köln begleitete eine SEK-Einheit den kurdischen Block und filmte die gesamte DGB-Demonstration. Hier protestierten DGB und dju: „Dieses provokante Verhalten der Polizei ist ... völlig unangemessen und durch nichts begründet“. In Hamburg mißlangen Angriffe der Polizei. Mehrere hundert Demonstranten trugen Fähnchen der ERK. Bild: Köln. — (rül)

Seite 12 - 15:

Gespräch mit Heinrich Graf Einsiedel

SPD-Klage vor dem Verfassungsgericht

PDS-Landesliste NRW aufgestellt

Grüner Umgang mit der PDS

„Arbeiterbund“: Neues Verhältnis zur DKP

Özgür Ülke

Nach dem Verbot der Tageszeitung ÖZGÜR GÜNDEM (zu deutsch: Neue Tagesordnung) in der Türkei erscheint seit Ende April eine neue Tageszeitung in türkischer Sprache, die authentisch über den Widerstand gegen das türkische Regime und vor allem über den Kampf des kurdischen Volkes für Selbstbestimmung und Befreiung von der Terrorherrschaft des Regimes berichtet und auch an deutschen Kiosken erhältlich ist: ÖZGÜR ÜLKE (deutsch: Neues Land).

Fortsetzung von Seite 1:
Keine Daten, keine Waffen... stinknormalen „Behutsamkeit“ der deutschen Politik gegenüber Freunden.

Jährlich durchschnittlich etwa 37000 Strafnachrichten wurden in den letzten fünf Jahren den türkischen Behörden durch den Generalbundesanwalt – Dienststelle Bundeszentralregister in Berlin – übersandt. Grundlage hierfür ist Art. 22 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen. Alles ganz harmlos, wird gesagt, denn diese Angaben „über den zugrundeliegenden Sachverhalt und etwaige politische Bezüge der Verurteilung“ sind weder der übermittelnden noch der empfangenden Stelle ersichtlich. Darüber hinaus gibt es neben die-

ser automatischen Benachrichtigung noch die Auskunft auf Ersuchen, bei denen um Übermittlung von Zentralregisterauszügen oder – ggfs. als Folge der Übermittlung einer Strafnachricht – von Urteilsabschriften gebeten wird. Das wird statistisch nicht erfaßt, Erfahrungswerte sagen, daß etwa jährlich einige hundert derartiger Übermittlungen stattfinden. „Nur ein äußerst geringer Anteil dieser Ersuchen betraf Verfahren, bei denen ein politischer Hintergrund nicht ausgeschlossen werden konnte“. In diesen Fällen wird dann „geprüft“ (wie im Falle der Panzer?), ob übermittelt wird. „Somit ist davon auszugehen, daß in allen Fällen, in denen nach Art der mitzuteilenden Daten die Gefahr einer politischen Verfolgung bestehen könnte, die ... intensive Prüfung erfolgt ...“ (Drucksache 12/7058) Warum ist „davon auszugehen“? Was ergeben denn die „intensiven Prüfungen“ im Regelfall? Welche Kenntnisse hat denn die Bundesregierung über den Umgang türkischer Behörden mit den Strafnachrichten?

Pro Asyl hat erst vor wenigen Tagen enthüllt, daß im Falle algerischer Flüchtlinge die Grenzschutzbehörden ausdrücklich angewiesen sind, sogar die Flugdaten (Flugdatum, Flugnummer, Fluggesellschaft) bei Abschiebungen den algerischen Sicherheitsbehörden mitzuteilen, „um sicherzustellen, daß der algerische Staatsangehörige auch den algerischen Sicherheitsbehörden“

den zugeführt wird.“ (Materialien zur Pressekonferenz Pro Asyl, 12.4.94)

Seit 1979 gibt es eine Tabu-Liste zur Bekämpfung des Terrorismus, nach der sich die BRD und die Türkei zum Nachrichtenaustausch über die in der Liste genannten Personen und Gruppen verpflichten. 1984 bestätigte das niedersächsische Innenministerium, daß der NATO-Partner Türkei aus der BRD Informationen über Oppositionelle erhält. Grundlage: Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut.

Pro Asyl listet noch eine Reihe weiterer Zusammenarbeitsebenen zwischen deutschen und türkischen Diensten auf. Meldungen von abgeschobenen und dann verschwundenen oder gefolterten Kurdinnen und Kurden sind also logische Folge des pfleglichen Umgangs (Kinkel) der BRD mit der Türkei.

Vor diesem Hintergrund müssen wir die (am 20. Mai, d. Red.) anstehende Verabschiedung des Gesetzes zum Ausländerzentralregister und des „Verbrechensbekämpfungsgesetzes“ sehen.

Im AZR werden die Daten aller hier lebenden AusländerInnen und ihrer Verwandten „in gerader Linie“ im Herkunftsland zur nahezu ungehinderten Verarbeitung und wechselseitigen Information von Verwaltung und Sicherheitsbehörden freigegeben. Selbst die Abfrage von Gruppen nach nicht näher definierten Merkmalen ist danach möglich. Im VBK sind eine ganze Reihe von Sonderermächtigungen der Polizei und

der Dienste gegen AusländerInnen enthalten. Mal unter dem angenommenen Verdacht der Schleusertätigkeit oder der Beihilfe zum Asyl, mißbraucht mal unter dem ebenso angenommenen Verdacht des Drogenhandels.

Die inzwischen unvorstellbar lange Liste von besonderen Maßnahmen und Ermächtigungen von Polizei und Geheimdiensten, die diese Bundesregierung seit der faktischen Abschaffung des Asylgrundrechtes zusammengestellt und verabschiedet hat, steht höchstens eine einzige durchgreifende Integrationsmaßnahme, in welchen eingeschränkten Verständnis auch immer, gegenüber. Die beschämende Ablehnung der Gesetzentwürfe zur Erleichterung der Einbürgerung und zur doppelten Staatsbürgerschaft bringt das Verhältnis zu sechs Millionen Menschen und ihren Herkunftsländern auf den Punkt: Sie haben sich nach den deutschen Interessen zu richten und zu verhalten. Grundrechte, Menschenrechte, internationale Abkommen haben sich dem unterzuordnen. Die Opposition hierzulande tut gut daran, das Verhalten der Regierung gegenüber den KurdInnen nicht als den Höhe- bzw. Tiefpunkt der Innen- und Außenpolitik des neuen Deutschland zu nehmen, sondern als Anzahlung auf zukünftige Verwicklungen der Großmacht BRD.

Ulla Jelpke (MdB) ist innenpolitische Sprecherin der PDS/LL im Bundestag

AKTUELL IN BONN

Gegen doppelte Staatsbürgerschaft

Trotz einer monatelangen Kampagne von Flüchtlingsgruppen, Ausländerorganisationen, Grünen, PDS, Gewerkschaften u.a. und entgegen der Zusagen von Kohl nach dem Solinger Anschlag, man werde noch in dieser Wahlperiode die Möglichkeit für Ausländer, mittels doppelter Staatsbürgerschaft auch in der BRD die vollen Staatsbürgerechte zu erreichen, ausweiten: Am 28. April lehnte der Bundestag abschließend und endgültig alle in diese Richtung ziellenden Gesetzentwürfe ab. Damit bleibt das geltende völkische, auf angeblicher Blutsverwandtschaft aller „Deutschen“ beruhende Staatsbürgerecht in Kraft. CDU-Sprecher Marschewski demagogisch: Mit einer doppelten Staatsbürgerschaft könne man kriminelle Ausländer nicht mehr abschieben.

BGS-Gesetz will „Vorbeugehaft“

Nach Presseberichten sollen sich Unionsparteien und FDP über ihre weiteren Gesetzesvorhaben bis zu den Bundestagswahlen auf dem Gebiet „Innere Sicherheit“ weitgehend verständigt haben. In die Beratung von Bundesrat und Bundestag wird in den nächsten Tagen ein neues „Bundesgrenzschutzgesetz“ kommen, bei dem noch zwei Punkte strittig sein sollen: a) ob der Bundesgrenzschutz künftig weltweit ohne Entscheidung des Bundestags eingesetzt werden kann, einfach durch Kabinettsentscheid, und b) ob der Bundesgrenzschutz künftig auch Personen verhaften kann, die noch gar keine Straftat begangen haben, aber im „Verdacht“ stehen, daß sie „auf dem Wege sind, solche Delikte zu begehen“ (so das Handelsblatt). Noch erheblich „umstritten“ soll ein BKA-Gesetz sein, das dem BKA erlauben soll, auch ohne förmliches Ermittlungsverfahren unter dem Vorwand der „Verifizierung eines Anfangsverdachts“ bereits Abhöraktionen zu starten.

AZO-Novelle trotz Protesten

Trotz Protesten der Gewerkschaften hat der Bundesrat am 29. April mit den

Stimmen der CDU-geführten Länder das neue Arbeitszeitgesetz gebilligt. Die Ablehnung durch die SPD-regierten Länder reichte nicht, um das Gesetz zu stoppen. Die ÖTV hatte einen Tag vor der Beratung darauf hingewiesen, daß das neue Gesetz erlaube, Krankenschwestern bereits nach weniger als sechs Stunden Ruhe wieder zum Dienst zu zwingen. Die bisherige Höchstarbeitszeit im Krankenhaus von 60 Stunden pro Woche gelte ebenfalls nicht mehr. Beschäftigte könnten an zwei aufeinanderfolgenden Tagen bis zu 27 Stunden lang zur Arbeit gezwungen werden. LKW- und Busfahrer könnten jetzt verpflichtet werden, an 14 Tagen bis zu 155 Stunden am Arbeitsplatz zur Verfügung zu stehen, täglich bis zu 16 Stunden. Damit würden schwere Unfälle wegen Übermüdung vorprogrammiert.

Anklage gegen BND-Beamte

Erstmals in der Geschichte des BND hat jetzt die Hamburger Staatsanwaltschaft Anklage gegen zwei leitende Beamte des BND erhoben. Die Anklage lautet auf versuchte illegale Ausfuhr und gesetzwidrige Beförderung von Kriegswaffen wegen des Versuchs, 1991 illegal NVA-Waffen deklariert als „landwirtschaftliches Gerät“ an Israel zu liefern. Verteidigungsminister war damals Stoltenberg, Geheimdienst-Koordinator im Kanzleramt der CDU-Minister Stavenhagen. Beide Minister hatten behauptet, sie hätten nichts gewußt.

Neue Waffen in die Türkei?

Laut Fernsehbericht in „Bonn direkt“ vom vergangenen Sonntag sollen die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei bereits in dieser Woche wieder freigegeben werden. Die Prüfung der von Menschenrechtsgruppen neuerlich vorgelegten Beweise für den Einsatz solcher Waffen gegen die kurdische Bevölkerung soll „keine stichhaltigen Beweise“ ergeben haben. Als nächstes auf der Ausfuhrliste stehen bundesdeutsche „Phantom“-Jäger. Sie könnten von der TR bei den Angriffen auf kurdische Siedlungen in Südkurdistan direkt eingesetzt werden.

U-Boot-Geschäft mit Taiwan?

Mit neuen Vorstößen, das umstrittene Waffenexportgeschäft mit Taiwan doch noch abzuschließen, muß sich die Bundesregierung befassen. Das Handelsblatt hatte berichtet, die Werften (darunter HDW in Kiel) versuchten, das vom Bundeskabinett verhängte Verbot von U-Boot-Exporten nach Taiwan durch „Kooperationsabkommen“ mit US-Firmen zu umgehen. Während Kohl und Kinkel erklären ließen, sie hielten an dem Verbot fest, wirken andere weiter an dem Rüstungsexport: Der Bremer CDU-Abgeordnete Günter Klein, der Berliner FDPler Wolfgang Lüder und der FDP-Wehrexperte, MdB Koppenlin. Auch der DAG-Bezirksleiter von Bremen will eine Aufhebung des Exportverbots. Es gehe um hunderte von Arbeitsplätzen und Aufträge bis zu zehn Milliarden DM, wird ausgestreut.

Mautgebühr, Privatstraßen...

Der Verkehrsausschuß des Bundestages hat das Verkehrswegegesetz von Minister Wissmann, das u.a. den privaten Bau und Betrieb von Brücken, Tunneln und Straßen erlauben soll, vergangene Woche abschließend gebilligt. Der Gesetzentwurf muß jetzt noch vom Plenum des Bundestages verabschiedet werden. Zeitgleich berichtet der „ADAC“, Minister Wissmann habe eine allgemeine Autobahngebühr von zehn Pfennig je Kilometer ab 1998 als „möglich“ bezeichnet.

Bahntarife: Ossi-Zuschläge

Die Deutsche Bahn AG wird mit Fahrplanwechsel die Grundtarife anheben – und zwar nur für Ossis: Der Grundpreis je Kilometer steigt in der 2. Klasse von 15 auf 17 Pfennige oder um 14,8 Prozent. Schüler- und Monatskarten werden um 35 Prozent verteuert. Der wichtigste verkehrspolitische Effekt wird sein, die Menschen in den neuen Bundesländern noch schneller aus der Bahn zu treiben und zum Umstieg auf den Pkw zu bringen.

Treuhänder: Dreigeteilte Nachfolge

1995 soll die Treuhandanstalt (THA) in

drei unterschiedliche Einrichtungen aufgeteilt werden: Eine Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sondergaben (BVS) (u.a. Abwicklung und Privatisierung), eine Beteiligungsmanagement-Gesellschaft (BMG) (u.a. nichtprivatisierte Betriebe) und die bereits bestehende Treuhand-Liegschaftsgesellschaft (TLG) für das nichtland- und forstwirtschaftliche Grundvermögen der THA. Ziele der Umstrukturierung sind ein weiter reduzierter Einfluß des Parlaments auf die THA-Nachfolgeorganisationen und eine „Privatisierung“ großer Teile bisheriger THA-Bereiche. Selbst die kontrolliert gegebener Arbeitsplatzzusagen sollen „privatisiert“ werden. Da für den Zeitraum 1995-2000 weitere 40 Milliarden Mark an Steuergeldern in die THA-Nachfolgeunternehmen fließen, kommt dies einer Verlängerung der Laufzeit des Selbstbedienungsladens THA gleich.

ICE: Stendahl-Umfahrt

Die ICE-Trasse Berlin-Hannover wird auf Basis eines „Maßnahmengesetzes“ zentralistisch von Bonn gesteuert und gebaut. Dabei wird Magdeburg weitläufig, aber auch die Stadt Stendal umfahren. Die Stadt Stendal protestiert und rechnet vor, daß die Führung der Strecke durch Stendal die ICE-Gesamtzeit und die Baukosten reduziert würde. Die jetzigen Baupläne, die ohne Rücksicht auf Logik und Verlust durchgezogen würden, beruhen auf den DDR-Forderungen.

Was kommt demnächst?

Am 6. Mai beraten die Innenminister von Bund und Ländern in Herringsdorf. Am 7. Mai eröffnet die CDU ihren Europawahlkampf mit einer Großkundgebung mit Kohl in Aachen. Im Bundesrat ist derzeit Sitzungspause. Nächste Sitzung ist am 18. Mai. Auf der Tagesordnung steht dann u.a. eine Strafrechtsänderung: Strafbarkeit der Leugnung des NS-Völkermordes. Am 19. Mai steht u.a. das Fernstraßen-Privatfinanzierungsgesetz zur Schlußabstimmung und am 20. Mai ist letzte Lesung des Ausländerzentralregister- und des Verbrechensbekämpfungsgesetzes.



Das Pflegegesetz ist verabschiedet

Pflege ist als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt, aber viele Regelungen sind schlecht

Nach der Zustimmung des Bundesrates kann das Pflege-Versicherungsgesetz in Kraft treten. Viele Hoffnungen sind damit verbunden. Dafür erhoffen sich die bürgerlichen Parteien Wählerstimmen. Die Enttäuschungen über konkrete Regelungen fallen in die nächste Legislaturperiode.

Die Anerkennung des Pflegerisikos als gesellschaftlich und solidarisch zu regelnde Aufgabe wird von der Mehrheit der Bevölkerung lange gewünscht. In den Familien kann wegen der zunehmenden Berufstätigkeit der Frauen, wegen beengter Wohnverhältnisse und der örtlichen Trennung durch die Erfordernisse des Arbeitsmarktes die Pflege der Eltern nicht mehr übernommen werden, so daß auf öffentliche Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege zurückgegriffen werden muß. Das hat sich oft als segensreich erwiesen. Wie viele alte Menschen haben darunter gelitten, daß ihre Kinder mit der Pflege überfordert waren und haben deshalb Lebensfreude und damit Lebensdauer eingebüßt. Weil aber die öffentlichen Einrichtungen oft schlecht sind, haben die Kinder wiederum ein schlechtes Gewissen, ganz davon abgesehen, daß sie oft für einen Teil der Kosten aufkommen müssen. Das Gestrüpp von Abhängigkeiten zwischen den Generationen stört normale Beziehungen und wird nicht mehr gewünscht.

Hinzu kommt, daß sich die Krankenkassen wegen der Kostendämpfungspolitik im Gesundheitswesen immer mehr auf die sog. Behandlungsfälle konzentrieren müssen und für Pflegefälle nicht aufkommen. Die Beschwerden gegen diese Ausgrenzung der Alten und unheilbar Kranken haben die Gerichte bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht beschäftigt, was zugeben mußte, daß das Pflegerisiko ein soziales Problem ist, was nur nicht automatisch der Krankenkasse zugeordnet werden darf.

Auch die Kommunen konnten die politischen Anforderungen, für ordentliche Alten- und Pflegeheime zu sorgen, nicht erfüllen, weil ihnen das Geld dafür fehlt.

Die Bundesregierung kam also — trotz heftigster Angriffe aus dem Lager der Kapitalisten — nicht umhin, ein Pflege-Versicherungsgesetz zu verabschieden.

Die Kapitalistenverbände spucken Gift und Galle gegen den neuen Zweig der Sozialversicherung, obwohl sie kei-

nen Pfennig dazu bezahlen, sondern durch die Streichung von zunächst einem, ab 1996 von zwei Feiertagen ein gutes Geschäft machen. Es geht ihnen ums Prinzip, und sie fürchten Lohnforderungen wegen sinkender Nettolöhne. Privates Vermögen sei genug da. Jährlich würden Vermögenswerte von rund 100 Mrd. DM vererbt; das gesamte Geld-

vermögen der privaten Haushalte (wie viele und welche?) liege bei über 3 Billionen DM. Dazu käme die Unterstützung von Familienmitgliedern, und wenn das alles nicht reiche, springe die Sozialhilfe ein. Kein Pflegebedürftiger komme unter die Räder. Die Pflegeversicherung hingegen bringe einen staatlich unterstützten Verlust an Wärme-

und Nächstenliebe, das Fundament des Staates, die Familie, würde unterhöhlt, unerfüllbare Erwartungen und Ansprüche würden geschürt, dem mündigen Bürger Entscheidungsfreiheit genommen, insgesamt sei das genau das Gegenteil von der „geistig-moralischen Wende“, die Bundeskanzler Kohl erreichen wollte.

Die Konzerne verfolgen ihr Ziel weiter, Solidargemeinschaften in gesetzlichen Sozialversicherungen zu zerstören und die Einrichtung einer neuen zu verhindern, um die Abhängigkeit der Beschäftigten noch gnadenloser auszunützen zu können. Das Pflege-Versicherungsgesetz zeugt auch davon. Z.B. durch viele Kontrollmechanismen, durch das Recht der Bundesregierung per Verordnung die Ausgaben zu senken, d.h. die Versorgungsqualität zu verschlechtern, durch den Druck auf die Krankenkassen durch strikten Ausschluß von Pfegefällen über 7 Mrd. DM einzusparen usw.

Es wird zermürbenden Kleinkrieg geben um jede Leistungsbewilligung, um die Einstufung in Pflegeklassen, um Krankenausentlassungen, da „Pflegefall“, um die Pflegesätze in den Pflegeheimen, ob 6,50 oder 8 DM pro Tag für das Essen ausgegeben werden darf, ob eine Dusche als notwendige Investition anerkannt wird oder nicht usw. Der eine muß mit dem vertrauenswürdigen Dienst streiten, der andere mit dem Stationsarzt im Krankenhaus usw.

Mit der Verabschiedung des Pflege-Versicherungsgesetzes ist ein moralischer Gewinn gegenüber den Konzernherren zu verbuchen, einzelne Verbesserungen sind erreicht und um die Ausgestaltung der Versicherung muß weiter gekämpft werden. Z.B. für die Pflegebedürftigen, die nicht täglich Hilfe brauchen und die Unterstützung verlieren. Auch für erheblich Pflegebedürftige (Hilfebedarf mind. einmal täglich für zwei Verrichtungen), die 400 DM monatlich erhalten, bisher bei Bedürftigkeit Unterstützung vom Sozialamt. Die 400 DM reichen nicht, um die Sozialstation zu bezahlen. Sobald der Gesetzestext in seiner endgültigen Fassung veröffentlicht ist, können diese konkreten Probleme der Ausgestaltung der Pflegeversicherung weiter behandelt werden.

Quellen: Bundesrats-Drucks. 342/94; Bundestags-Drucksache 12/5262 und 12/5617; Material für die Öffentliche Anhörung des Bundestages im September 1993 — (sul)

DOKUMENTIERT

Kritiken am Pflegegesetz

Am 16. / 17.9.1993 führte der Bundestag eine öffentliche Anhörung zum Entwurf für ein Pflege-Versicherungsgesetz durch. Vorgebrachte Kritik ist bisher unberücksichtigt geblieben, wird aber in den zu erwartenden Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielen.

Aus: Stellungnahme der ÖTV

„Die Gewerkschaft ÖTV begrüßt, daß die Absicherung des Pflegerisikos durch eine soziale Pflegeversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung vorgenommen werden soll ... vermag in dem vorliegenden Gesetzentwurf zum Pflegeversicherungsgesetz jedoch keine ‚umfassende Lösung der Pflegeproblematik‘ zu erkennen ... Weitergehender Sicherungsbedarf kann nach Auffassung der Koalition durch eine freiwillige Versicherung abgedeckt werden. Hierzu ist festzustellen, daß die in der Gesundheits- und Sozialpolitik bestehende Tendenz, den Sozialstaat so abzubauen, daß lediglich eine Grundsicherung durch die Sozialversicherung erfolgt, fortgesetzt wird ...“

„Verbindliche Qualitätsstandards für die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege sollen festgelegt werden ...“

„Die Federführung für die Planung und der Sicherstellungsauftrag für Pflegeeinrichtungen soll bei Ländern und Gemeinden liegen ... Es ist aus der Sicht der ÖTV problematisch, ausländischen Versicherten, die sich im Heimatland befinden, Leistungen vorzuenthalten, weil Kontrollmöglichkeiten fehlen oder über- und zwischenstaatliche Regelungen einen Leistungstransfer nicht vorsehen. Einen Gegenwert für gezahlte Beiträ-

ge erhalten ausländische Versicherte damit häufig nicht, da sie ihr Alter meist im Herkunftsland verbringen. Für diese Fälle sollte eine Abfindungsregelung erwogen werden ...“

Arbeiterwohlfahrt

„Der Mehrheit der 1,123 Mio. Menschen mit regelmäßiger Pflegebedarf sowie der 2,1 Mio. Personen mit hauswirtschaftlichem Hilfebedarf (Infratest), die in der eigenen Häuslichkeit leben, bringt die vorgelegte Pflegeversicherung keine Veränderung ihrer Notlage. 465000 Personen mit mindestens mehrfach wöchentlicher Pflege sowie der größte Teil der Personen mit hauswirtschaftlichem Hilfebedarf, der ebenfalls in der Regel nur mehrfach wöchentlich anfällt, sind aus dem Geltungsbereich des Gesetzes ausgesetzt ...“

„Die durchweg gedeckelten Leistungen gewährleisten nur ein Grundversorgungsniveau, das in der Konsequenz zu einem Mehrklassensystem führen muß. Auch hier wird der Solidargedanke minimiert ...“

„Im Gesetzentwurf wurde mit der Dynamisierungsregelung eine eingebaute Automatik der Leistungsverschlechterung vorgenommen ...“

„Zur Frage der Investitionen wird gefordert:“

„Alle investiven Kosten müssen refinanzierbar sein. Die pflegebedürftigen Heimbewohner dürfen nicht unverhältnismäßig über die Hotelkosten (Kosten für Unterbringung und Essen, die nicht von der Pflegeversicherung übernommen, sondern persönlich bezahlt werden müssen, d.R.) belastet werden. Vorrangig muß im monistischen Finanzierungssystem die Refinanzierung investiver Kosten über den Pflegesatz gelten ...“

Geheimdienst mit Polizeibefugnis?

Wenn der Senator erzählt . . .

Berlins Ex-Innensenator Pätzold über seine Erfahrungen mit Geheimdiensten

... Vorher auf anderen politischen Feldern tätig, hatte ich seit 1981 als innenpolitischer Sprecher der SPD-Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus, als stellvertretender Vorsitzender einer 1987 sündhaft spät eingerichteten Parlamentarischen Kontrollkommission für den Verfassungsschutz und schließlich 1989 bis 1991 als Innensenator Gelegenheit, mein abstraktes Vertrauen in die Berliner Sicherheitsbehörden an der rauen Wirklichkeit zu messen.

Zusammengefaßt: Der Verfassungsschutz war in einem rechtsstaatlich erbärmlichen, weithin unkontrollierten Zustand; dazu führe ich noch Näheres aus. Der Kriminalpolizei verübelten politisch Verantwortliche ihr entschiedenes Handeln in den großen Korruptionsskandalen; also dünnte man die zuständigen Fachdienststellen drastisch aus ... Der Schutzpolizei aber wurde politisch abverlangt, bei Demonstrationseinsätzen entgegen dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz auf abschreckende Härte zu setzen. Eine immer größere Zahl von Übergriffen bis hin zum Verprügeln der eigenen Polizeiführer in Zivil und eine wachsende, gewaltorientierte Verbitterung in der jungen Generation waren die Folge. Staatsanwälte haben, um nur ein krasses Beispiel zu nennen, in den Schmücker-Gerichtsverfahren nach den Urteilsfeststellungen von 1991 seit 1974 reihenweise das Recht in rechtsstaatswidrigem Zusammenwirken mit dem Verfassungsschutz gebrochen ...

Kennzeichnend war die erschreckende Elite- und zugleich Wagenburg-Mentalität eines Teils der Führungskräfte. Man meinte, besser als die — schlappen — Volksvertreter, Regierungsmitglieder und auch Gerichte zu wissen, was Volk und Staat frommt, wie der wahre Rechtsstaat zu definieren und gegen eine Flut von — prinzipiell links gesehenen — Feinden obrigkeitlich zu schützen sei. Im höheren Interesse des richtig verstandenen Rechtsstaats schien mancher Rechtsbruch erlaubt, ja geboten. Dazu gehörte, daß man gegenüber Parlamentariern und auch Senatoren notfalls die Wahrheit verfremdete ...

So bin ich als Innensenator beim Verfassungsschutz auf eine Fülle von Auskünften gestoßen, die mir zuvor als Parlamentarier bewußt falsch gegeben worden waren. (....)

Für den Berliner Verfassungsschutz nenne ich beispielhaft nur die folgenden, besonders schwerwiegenden Fehlentwicklungen:

— 1981 bildete die neue konservative Parlamentsmehrheit den gesetzlich zur Kontrolle des Verfassungsschutzes bestimmten Sicherheitsausschuß einfach nicht mehr. Grund war die „Unzuverlässigkeit“ der neu in das Parlament gewählten Alternativen Liste ... Erst 1987 fand man sich unter massivem öffentlichem Druck bereit, eine Parlamentarische Kontrollkommission einzurichten ... — In der Kontrollkommission wurden reihenweise zu Unrecht Auskünfte verweigert, nachweislich falsche Erklärungen abgegeben und Unterlagen, die die Kommission sogar einmütig angefordert hatte, kurzerhand vernichtet.

— Die Rechtsbrüche im Schmücker-Gerichtsverfahren sind Legion ...

— Der Verfassungsschutz beobachtete völlig unsinnig eine riesengroße Zahl von Berlinern. Er lehnte — nach Richterspruch rechtswidrig — Auskünfte an nachfragende Betroffene ab. Beängstigend war die Zahl von beobachteten Journalisten, Rechtsanwälten und Pfarrern ...

— Ende 1987 wies Innensenator Keinig in einem Schreiben an den Innenausschuß des Abgeordnetenhauses die Besorgnis, der Verfassungsschutz führe in der Alternativen Liste einen V-Mann, entrüstet zurück. 1989 ließ ich als Innensenator auch diese Fragen überprüfen. Dabei wurde mir dienstlich vermittelt, daß 12 V-Leute aus der Alternativen Liste berichtet hatten. Später stieß ich zufällig darauf, daß es tatsächlich mehr als 60 waren. (....)

Allgemeine Schlußfolgerung: ... Nachrichtendiensten Polizeiaufgaben „im Vorfeld“ zu überantworten, ist rechtsstaatlich unvertretbar ... Quelle: Beitrag von Pätzold auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, 14./15. April 1994 in Berlin (Auszüge)



Foto: af/mz

Klaus Eichner, ehemaliger Mitarbeiter der Hauptverwaltung A des MfS der DDR, vermittelte Eindrücke von der Internationalen Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Nachrichtendienste, Polizei und Verbrechensbekämpfung im demokratischen Rechtsstaat“ am 14. und 15. April 1994 in Berlin.

keit und Verfassungsfeindlichkeit des Verfassungsschutzes (Prof. Dr. Eggert Schwan, Berlin).

Zur Verteidigung der neuen Aufgabenstellungen für den BND, die sich u.a. aus dem Koalitionsentwurf des Gesetzes über die Verbrechensbekämpfung ergeben, argumentierte der Vertreter des BND, daß die Fernmeldeauflärung keiner gesetzlichen Ermächtigung bedürfe, da alle Nachrichtendienste der Welt solche Maßnahmen durchführen. In der Diskussion verteidigte Dr. Kesselring selbst Aktivitäten des BND im Ausland, die sich gegen internationale Tiefseekabel richteten, als für die Sicherheit der BRD notwendig. (Der Autor hatte angefragt, wie Herr Kesselring den jahrelangen Betrieb eines entsprechenden Objektes in Spanien bewertet. Die Antwort wird wohl nicht zuletzt Generalmajor a.D. Horst Männchen, ehemaliger Leiter der Hauptabteilung III des MfS interessieren, der wegen der Fernmeldeauflärung der DDR angeklagt werden soll.)

Die Regelung der Paragraphen 3 und 3a des Gesetzentwurfes, die dem BND auslegbare Vollmachten zum Einsatz seiner teuren Aufklärungstechnik im Interesse der Verbrechensbekämpfung



einräumen, wurden fast einhellig abgelehnt. Besonders zynisch wurde die Begründung empfunden, daß die Millionen DM, die der Steuerzahler für die technische Ausrüstung BND berappen mußte, durch eine Doppelnutzung (natürlich auf neudeutsch: dual use) besser angelegt seien.

Viel Grundsätzliches wurde überspielt — überschattet durch eine umfangreiche Diskussion über das sogenannte Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten, über die Notwendigkeit oder Möglichkeit der Aufhebung dieses fundamentalen Grundsatzes. Von der Einhaltung oder möglichen Aufhebung hängt ja prinzipiell ab, ob der Verfassungsschutz evtl. mit exekutiven Funktionen ausgestattet würde oder ob die Polizei noch mehr und vor allem mit der Weihe einer bundesgesetzlichen Entscheidung (einige Landespolizeigesetze haben schon weitgehende Regelungen aufgenommen) nachrichtendienstliche Mittel und Methoden insbesondere im „Vorfeld“ von Straftaten, d.h. ohne daß ein Tatverdacht vorhanden sein muß, einsetzen darf. Der sarkastischen Bemerkung eines Referenten, man reagiere typisch deutsch und streite erst einmal um die

Geheimdienste sind eine Gefahr für die Demokratie

Insgesamt war ein deutlicher Unterschied zwischen den Auffassungen der Vertreter der Nachrichtendienste (Werthebach, Dr. Rainer Kesselring, Abteilungsleiter im BND; aber sehr nachdenklich und kritisch Lothar Jachmann vom LfV aus Bremen) und den anwesenden Wissenschaftlern festzustellen. Deren Positionen reichten von der kritischen Distanz bis zum recht überzeugenden Nachweis der Grundgesetzwidrig-

Klaus Eichner über eine Geheimdienste-Tagung

Kompetenzen, kann man sich nur anschließen. Ernster zu nehmen ist jedoch die Aussage, daß in diesem „Vorfeld“ legale Handlungen der Bürger durch Geheimdienste kontrolliert und bewertet werden. Deshalb kann man nur die Forderung unterstützen, daß dieses Vorfeld für den Staat tabu bleiben muß.

Die praktische Politik der Koalition und die Positionen der SPD in der Diskussion um die „Innere Sicherheit“ lassen jedoch befürchten, daß es dafür schon sehr spät ist.

Zu den grundsätzlichen Fragen, die in diesen zwei Tagen nur in wenigen vagen Andeutungen erwähnt wurden, sind vorrangig die sozialen Ursachen und politischen Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung bestimmter Formen der Kriminalität zu rechnen. Die Vertreterin einer Bürgerinitiative sprach das Problem in der Diskussion an, aber die Tagung reagierte nicht. Damit hat eine Fachtagung, die sich nicht den gesellschaftlichen Ursachen eines Phänomens zuwenden, über das gestritten werden soll, eigentlich ihre Aufgabe verfehlt. Jedoch ist klar, daß eine ernsthafte Beschäftigung mit diesen sozialen und politischen Bedingungen sehr schnell dazu führen können, die soziale Ordnung, die so etwas hervorbringt, in Frage zu stellen — und das bei Anwesenheit des Präsidenten des BfV!

Interessant und bereichernd waren die kritischen Beiträge der ausländischen Teilnehmer am ersten Tag. Sie berichteten z.B. aus der an demokratischen Traditionen so reichen Schweiz, daß bis 1989 dort rund 900 000 Personen (bei einer Einwohnerzahl von 6,5 Millionen) wegen ihrer politischen Haltungen und Aktivitäten durch die politische Polizei und die Geheimdienste erfaßt wurden. Aus Italien kam die Warnung über die engen Verflechtungen zwischen Mafia und Geheimdiensten, und der Redner aus Großbritannien verwies u.a. auf das Eigenleben der Geheimdienste, die immer wieder neue Bedrohungen erfinden, um ihre Existenz weiter zu rechtfertigen.

Leider kann ein Konferenzbericht nur die Spannungsfelder in der Auseinandersetzung andeuten. Dieses Mal saß nun einer mit im Saal, der das Gebotene sowohl als Lernender rezipierte, der aber auch Wissen und Gefühl hat über taktische Finessen, mit denen nachrichtendienstliche Interessen durchgesetzt werden, und der über Konsequenzen aus der Entwicklung nach 1989 intensiver nachzudenken veranlaßt war als die angeblichen Sieger, die nicht bereit und willens sind, ihre eigene Existenz in Frage zu stellen.

Das Fazit der zwei Tage ist: Die Geheimdienste kämpfen um das Überleben, um eine Motivation für ihre weitere Existenz. Die praktische Umsetzung der hier vorgestellten Konzeption der „Innern Sicherheit“ wird zu einem weiteren Angriff auf grundlegende Rechte der Bürger, zur Ausweitung der Rechte des Staates gegenüber den Bürgern führen — unter Berufung auf die „Sicherheitsinteressen“ der Bürger. Auf der Strecke bleiben Demokratie und Rechtsstaat.

Bitter genug ist die eigene kritische Erkenntnis, daß ich vor wenigen Jahren vermutlich nicht anders gedacht und reagiert hätte als die Geheimdienst-Praktiker auf dieser Tagung.

Klaus Eichner ist 1. Sprecher des Insiderkomitees zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS e.V.; Kontaktadresse: Postfach 3, 13017 Berlin.

FRANKREICH

Angriff auf den Mindestlohn

Aber das Vorhaben der französischen Regierung wurde vorerst gestoppt.

Anfang des Jahres mußte die Regierung Balladur einen weiteren Versuch konservativer Umgestaltung der französischen Gesellschaft vorerst wieder zurücknehmen. Mehr als 600 000 demonstrierten in Paris gegen das Gesetz Faloux, das eine Einschränkung des öffentlichen Schulwesens zugunsten der Privatschulen vorsah. Erstmals seit dem Ende der siebziger Jahre hatten alle Gewerkschaften und nahezu die gesamte französische Linke zum gemeinsamen Widerstand gegen das Gesetz aufgerufen.

Keine vier Wochen später schickte der Premierminister das nächste Gesetzesvorhaben auf den Weg, daß einen weiteren tiefgreifenden Einschnitt bedeutet hätte. Unter dem Vorwand, jungen Leuten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, wollte Balladur den gesetzlichen Mindestlohn aushebeln. Das als Teil eines neuen Arbeitsgesetzes vorgestellte Projekt betrachten nicht nur die Gewerkschaften als schwerwiegenden Angriff auf einen über zwanzigjährigen Standard. Per Dekret wollte Balladur den Unternehmen ermöglichen, unterhalb des gesetzlichen Mindestlohnes (SMIC) einzustellen. Statt des SMIC, der knapp unter 2000 DM liegt, sollte jungen Leuten mit ersten Universitätsdiplomen und Berufsabschlüssen lediglich 80 Prozent gezahlt werden. Voraussetzung: Die Unternehmen hätten nur für ein halbes Jahr ein Arbeitsverhältnis zur beruflichen Wiedereingliederung (CIP) begründen müssen. Bisher kann nur unterhalb des SMIC eingestellt werden, wenn das Beschäfti-



gungsverhältnis mit einer Berufsausbildung verbunden ist. Immerhin zehn Prozent der Beschäftigten arbeiten unter den Bedingungen des SMIC und sie werden oftmals nur als Zeitarbeiter mit befristeten Verträgen eingestellt.

Hunderttausende Schüler, Studenten, Arbeiter und Arbeitslose haben in ganz Frankreich gegen diese Pläne der Regierung demonstriert, allein am 12. März folgten 200 000 dem Aufruf der Gewerkschaft CGT. Ende März mußte Balladur auch dieses Gesetzesvorhaben vollständig zurückziehen. Stattdessen sollen jetzt Unternehmen, die junge Leute bis 26 Jahre für 18 Monate einstellen, staatliche Prämien in Höhe von 1000 Francs in den ersten neun Monaten erhalten.

Im Anschluß an einige der Demonstrationen kam es zu schweren Ausein-

andersetzungen mit der Polizei. Insbesondere Polizeitruppen des Innenministers Pasqua, die berüchtigten CRS, haben regelrecht Straßenschlachten provoziert und Jagd auf Demonstranten gemacht. An diesen Auseinandersetzungen beteiligt waren vor allem Jugendliche aus den Vororten der großen Städte, den sogenannten Banlieus. Hier leben überwiegend nordafrikanische Einwanderer, ohne Arbeit, ohne Einkommen, denen die französische Regierung keinerlei Lebensperspektive zu bieten hat. Innenminister Pasquas Antwort auf die gewaltigen Erschütterungen: Die Polizeitruppen werden weiter aufgestockt, ein ressortübergreifender Ausschuß für „Stadtpolitik“ zum „Schutz und für die Sicherheit der Städte“ eingerichtet und 3000 weitere Hilfspolizisten 1994 eingestellt. — (map)

ITALIEN

300 000 gedachten der Partisanen

300 000 demonstrierten am 23. April im Mailand zum Gedenken an die antifaschistischen Partisanen.

„300 000 bei Demonstration zum Domplatz: „Stellt uns nicht auf die Probe! Italien für die Freiheit auf der Straße. Pfiffe für Bossi in Mailand.“ So überschrieb die römische Tageszeitung *la Repubblica* die Berichterstattung über den 25. April.

Der italienische Nationalfeiertag erinnert an die von den Partisanen geführten Volksaufstände gegen die deutschen Besatzer und den italienischen Faschismus im Jahr 1945. Aus dem bisher üblichen Gedenktag mit mäßiger Aufmerksamkeit ist dieses Jahr angesichts der aktuellen Entwicklung ein Tag der Mobilisierung geworden.

In allen größeren Städten gab es Aktionen, die größte in Mailand, dem Zentrum Berlusconis und der Lega. Neben den Linksparteien, den Linksdemokraten (PDS) und Rifondazione comunista, hatte auch die Volkspartei (PPI), der von der Christdemokratie übergebliebene und nicht bei der siegreichen Rechten gelandete Teil, aufgerufen. Andererseits beteiligte sich ein Block von mehreren zehntausend Anhängern der Autonomie und der selbstverwalteten Zentren und Einrichtungen. Bei der Kundgebung sprachen unter anderen mehrere Vertreter der Partisanenbewegung.

Heftige Polemik richtete sich auf der

Trecentomila in corteo fino al Duomo, grande e pacifica festa per lanciare i valori del 25 aprile

“Non ci provate...”

Italia in piazza per la libertà
Fischi per Bossi a Milano



Kundgebung gegen Umberto Bossi, der sich mit rund hundert Anhängern der Lega Nord dem Zug demonstrativ anschlossen hatte: „Die Lega hat an der Kundgebung teilgenommen, um zu versichern, daß sie Garant der Demokratie inmitten der Regierungskoalition ist, die vom Wählerwillen durchgesetzt worden ist“.

Bossi, der mit rassistischer Propaganda gegen farbige Immigranten und Südtiroler auf die politische Bühne Italiens getreten ist, stellt sich jetzt als Bollwerk gegen die Faschisten hin.

Seine Äußerungen gegen eine Regierungsbeteiligung der Faschisten haben

sich aber als Taktik herausgestellt, die den Preis für die Beteiligung der Lega in die Höhe treiben sollte. Die Lega wird sich der Übernahme von Ministerposten durch Parteigänger der Faschisten nicht verweigern. Damit gelangt eine politische Kraft an die Regierung, die seit ihrer Gründung 1946 die sich auf den Antifaschismus beziehende Verfassung bekämpft hat und in der Außenpolitik die Revision der Grenzen zu Slowenien und Kroatien verlangt.

Die Aktionen des 25. April haben gezeigt, daß viele Menschen heute den Antifaschismus wieder als brandaktuelle Aufgabe sehen. — (rok)

Rund fünfhundert Familien gehört Uruguay; fünf teilen sich die Mediennacht. Für die Menschen östlich des großen Uruguayflusses eine bittere Bilanz. Gezeichnet von den Auswüchsen einer verantwortungslosen neoliberalen Wirtschaftspolitik, versuchen sich die Betroffenen zu formieren.

Der neue wirtschaftspolitische antarktische Wind weht besonders den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ins Gesicht. Sie müssen sich von der konservativen Regierung und von den Wirtschaftsbossen die gleichen Argumente wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den reichen Industrieländern anhören; freilich auf anderem materiellen Niveau: „Die Löhne sind zu hoch, und die Produktivität ist zu niedrig.“ In der Industrie werden Monatslöhne um die 350 Dollar gezahlt. Das ganze Dilemma wird beim Besuch einer Lederfabrik deutlich. Unter frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen arbeiten Frauen und Männer in einer heruntergekommenen zugigen, stinkenden Halle. Bis zu den Knöcheln im Häute- und Chemieausfluß watend, müssen sie ihre Arbeit verrichten. Viele Versuche der Ledergewerkschaft, durch Betriebsvereinbarungen die Arbeitsbedingungen zu verbessern, scheitern am Druck der Arbeitgeber und der Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren. Hinzu kommt der Zeitdruck in einem harten Akkordsystem, das die Beschäftigten immer wieder dazu verleitet, die Schutzbestimmungen selbst zu unterlaufen.

Ohne Job lauert das Elend

Seinen Job zu verlieren, bedeutet gnadenloser Abstieg ins Elend. Die meisten Uruguayerinnen und Uruguayer kommen bei ähnlichen Lebenshaltungskosten wie in Europa mit einem Arbeitsplatz nicht aus. Fällt von zwei Stellen jedoch eine weg, wird natürlich kein Arbeitslosengeld von der staatlichen Versicherung gezahlt. Begründung: Ein Arbeitsplatz ist vorhanden. Ein Zynismus, der nicht zu überbieten ist.

Ein anderes Beispiel: Eine staatliche zuckerrohrverarbeitende Fabrik in Espejillar im Inneren des Landes wird geschlossen, um sie für die Privatisierung reif zu machen, weil nur so das Referendum von 1993 gegen die staatlichen Privatisierungspläne umgangen werden kann. 1200 Arbeiterinnen und Arbeiter stehen auf der Straße. Nur rund 500 von ihnen können mit Wiedereinstellung im privatisierten Betrieb rechnen. Für die restlichen Beschäftigten und ihre Familien gibt es in der Region ohne Hoffnung keine Chance. Dörfer werden verlassen. Man zieht in Richtung Montevideo in das Elend der Vorstadt, wo bereits die Hälfte der Einwohner des Landes wohnen.

Zwar haben mutige Gewerkschaftsrinnen und Gewerkschafter unter starker Repression in ähnlichen Fällen schon wochenlange Streiks und tage lange Protestmärsche über Hunderte von Kilometern in die Metropole organisiert. Doch gegen die skrupellose Kahlschlagpolitik hat auch die Gewerkschaftsbewegung kaum noch Mittel in der Hand.

Täglich 20 bis 30 Streiks

Aktuell finden in Uruguay täglich rund 20 bis 30 Streiks statt. Hauptstreikziel ist der Erhalt der Arbeit bei zurückhaltenden Lohnforderungen. Auch dieses Phänomen kennen wir inzwischen aus dem wohlhabenden Europa! Töpferschlagend fordern die Streikenden auf der Straße finanzielle Solidarität ein, denn Streikunterstützung können sich

ren. Doch die Chancen stehen schlecht. Die „Früchte“ internationaler Arbeitsteilung haben bereits tiefe Narben hinterlassen: Uruguay wird langsam aber sicher deindustrialisiert und soll Finanz- und Dienstleistungszentrum des für 1996 geplanten südamerikanischen gemeinsamen Mark-

tes „Mercosur“ (Brasilien, Paraguay, Argentinien, Uruguay), unter anderem zum Waschen südamerikanischer Drogendollars, werden. Durch die Gesellschaft zieht sich ein immer tieferer Riß zwischen Eigentümern und Besitzlosen.

Diese Eindrücke gewann eine Dele-

gation der beim Hauptvorstand der IG Medien angesiedelten „Arbeitsgemeinschaft Demokratische Medien in der Welt“ anlässlich einer Reise in das südamerikanische Land im Frühjahr dieses Jahres. An der Reise nahmen auch Journalist*innen, Vertreter der Fachstelle für Wirt-

die Gewerkschaften nicht leisten. Wegen leerer Gewerkschaftskassen wird Gewerkschaftsarbeit grundsätzlich neben der Arbeit ohne Entgelt geleistet.

In einigen Fällen kämpfen die Streikenden gegen Phantome. So hat sich der Unternehmer des papier- und Kunststoffverarbeitenden Betriebs „Celoprint“ mit seinem ganzen Vermögen über Nacht ausgerechnet nach Chicago abgesetzt. 100 Menschen, die daraufhin den Betrieb weiterführen wollten, wurden rechtswidrig von der Polizei in die Perspektivlosigkeit geräumt.

Trotz aller Nackenschläge sind die im Dachverband PIT-CNT zusammenge schlossen 36 Betriebs-, Einzel- und Branchengewerkschaften gut organisiert.

Bisher war der Gewerkschaftsverband eher national orientiert. Aber die internationalen Verflechtungen der Unternehmer und Banken zwingen auch die Gewerkschaften zunehmend, über die Grenzen zu schauen. Deshalb

grammen wächst diese wichtige Funktion zu. Eines dieser Projekte „CX 44 Radio Panamericana“ wird aus dem Solidaritätsfonds bei der IG Medien seit zwei Jahren unterstützt (Spenden können eingezahlt werden auf das Konto „Solidaritätsfonds demokratische Medien in der Welt“, Ökobank, Frankfurt, Konto 10002800, BLZ 50090100). Wie sehr diese Medienprojekte aber am Rande des Abgrunds operieren, macht deutlich, daß über die Frequenzvergabe nach wie vor das Verteidigungsministerium entscheidet. Da es keinerlei Rechtsgrundlage zur Sicherung der inneren Rundfunk- und Pressefreiheit gibt, werden gerade in der sich verschärfenden Krise wieder aufmüpfige Journalisten durch Androhung von Gefängnis unter Druck gesetzt. Sie hatten sich in einem Artikel kritisch mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierung auseinandergesetzt. Sollte das Linksbündnis „Frente Amplio“ die Parlamentswahlen im Herbst gewin-

strukturelle Armut unter starker Beteiligung der betroffenen Menschen einzuführen. Dazu gehören unter anderem Gesundheitsbusse, Bildung kleiner Ortsgerichte und die Legalisierung von Landbesetzungen. Außerdem ist die Einführung eines nach Besitz gestaffelten Grundsteuersystems geplant, was aber bisher wegen des Gleichheitsgrundsatzes vom Obersten Gerichtshof zu Fall gebracht wurde. Ferner soll der Finanzsektor stärker besteuert und eine Erbschaftssteuer eingeführt werden. Schließlich soll die Transparenz der Steuerverwaltung erhöht werden, versicherte der Bürgermeister.

Weil viele dieser Maßnahmen in der Bürokratie steckenbleiben oder von einflußreichen Bürgern und Politikern torpediert und von den offiziellen Medien diffamiert werden, sind einige der betroffenen Menschen längst zur Selbsthilfe übergegangen; seien es nun Frauen, die Gewürze anbauen wollen, oder Wohnungssuchende. Sie besetzen Land.

Uruguay: Berge von Problemen in einem flachen Land

**„Mercosur“ strukturiert Wirtschaft um / Keine sozialen Begleitprogramme
Offizielle Medien fest in der Hand der Reichen — Von Peter Völker**

will PIT-CNT seine internationalen Beziehungen neu überdenken. Das Exekutivkomitee wurde vom Gewerkschaftskongress mit der entsprechenden Überprüfung beauftragt.

Hohe Akzeptanz der unabhängigen Medien

Uruguays Medienlandschaft ist von einem tiefen Gegensatz geprägt. Auf der einen Seite die staatlichen und kommerziellen Print- und Rundfunkunternehmen, die sich nicht nur fest in der Hand der Mächtigen befinden, sondern sich auch publizistisch als einseitiges Interessensprachrohr verstehen. Auf der anderen Seite der ebenso bewundernswerte wie erfolgreiche Versuch linker alternativer Radios, Fernsehprojekte, Tageszeitungen und Zeitschriften, unter teilweise abenteuerlichen finanziellen und technischen Bedingungen Gegeninformation zu produzieren. Im Norden des Landes, in Guichon (ca. 20000 Einwohner) beispielsweise, wo die offiziellen Medien aus technischen Gründen nicht ausstrahlen können, haben sich der Automechaniker, der Elektriker und der Eisverkäufer zusammengefunden, um Lokalfernsehen zu machen und so die Medienlücke zu schließen.

Getragen von einer vor allem aus dem Widerstand gegen die Militärdiktatur resultierenden hohen Akzeptanz in der Bevölkerung sind diese unabhängigen Medienmacher heute aus dem Demokratisierungsprozeß des Landes nicht wegzudenken. Vor allem den Radios mit ihren bürgernahen und kostenlosen Pro-

grammen soll dies nach eigenen Aussagen alles anders werden. „Die Medien Uruguays sollen nicht dogmatisch sein, sondern müssen Menschen zum Denken anregen, damit sie eigene Entscheidungen treffen können“, heißt der mediapolitische Grundsatz der Frente Amplio.

Selbstorganisation im kommunalen Bereich

Auch im sozialen und kommunalen Bereich ist Uruguays Bevölkerung weitgehend auf Selbstorganisation angewiesen. Bei einem Jahresetat von nur 230 Mio. US-Dollar ist beispielsweise die problemschwangere Hauptstadt mit 1,5 Millionen Einwohnern (darunter ein großer Teil vom Müll der Stadt auf den Müllbergen lebender Menschen) kaum in der Lage, die öffentlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Eine von Korruption und Vetternwirtschaft durchwebte öffentliche Stadtverwaltung — ein Erbe der Konservativen — stellt den neuen Bürgermeister der Frente Amplio vor schier unlösbare Probleme. Von 12500 (Schein) Beschäftigten der Stadt sind nur drei als Elektriker ausgebildet, die für die Versorgung der gesamten städtischen Anlagen verantwortlich sind. Die konservative Bürokratie erschwert darüber hinaus nach Auskunft des Bürgermeisters künstlich jegliche demokratischen kommunalen Reformen.

Trotzdem versucht die Frente Amplio, neue Formen von kommunaler Selbstverwaltung und bescheidene Maßnahmen gegen die zunehmende

Um aber bauen zu können, benötigen die Landbesitzerinnen und Landbesitzer Darlehen von staatlichen nationalen Behörden der konservativen Regierung. Diese blockieren die notwendigen Mittel. Die linksregierte Stadt Montevideo kann mangels Finanzen nur das Land und kleine technische Hilfen, beispielsweise zur Produktion von Bau steinen bereitstellen. Viele Hoffnungen auf ein karges Heim werden, wenn überhaupt, erst nach Jahren erfüllt.

Menschen dem Strukturwandel ausgeliefert

Die bescheidenen Versuche der Stadtregierung in Montevideo oder von Selbsthilfeorganisationen im verarmenden Landesinneren werden jedoch oft von der neoliberalen Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung Lacalle und den sich abzeichnenden ersten Auswirkungen des uruguayischen Abenteuers Mercosur zunichte gemacht. Die neoliberale Wirtschaftspolitik, die selbst in den reichsten Ländern des Nordens (Beispiel USA, Großbritannien, BRD) zu Spaltungen in der Gesellschaft führt, ist erst recht kein Rezept für südliche Länder wie Uruguay, dessen gesamte Einnahmen in den Schuldendienst fließen. Und die Arbeitsplätze, die der Deindustrialisierungspolitik Lacalles zum Opfer fallen, werden durch die wenigen neuen Arbeitsplätze im Bankensektor nicht kompensiert.

Wie ungerecht der Reichtum des Landes heute verteilt wird, zeigt das Beispiel einer Bank im Zentrum Montevi-

schaft der Evangelischen Akademien und der deutschen „Dritte-Welt“-Bewegung teil. Die Gruppe folgte einer Einladung des unabhängigen Radios „Panamericana CX 44“ in Montevideo, das von der Arbeitsgemeinschaft finanziell und technisch unterstützt wird.

deos. Dort verwalten 44 Angestellte das Vermögen eines Kunden. „Wenn die Scheine schmuddelig sind, wissen wir, daß es sich um Drogendollars handelt“, sagte ein Eingeweihter im Bankenzentrum Montevideos. Das gesamte Bankengeschäft teilen sich 22 Banken, davon 14 in Montevideo, unter Beteiligung der Deutschen Bank und der Dresdner Bank.

Wenn die heutigen Importzölle zum Schutz der uruguayischen Produktion (Zucker, Rindfleisch, Leder etc.) 1996 mit der Verwirklichung des Mercosur gänzlich wegfallen werden, wird sich die Situation für die Bevölkerung noch verschärfen, zumal keinerlei soziale oder regionale Abfederungsprogramme (wie beispielsweise in der EU durch den EU-Regional- und -Sozialfonds) vorgesehen sind. Deutlich wird dies am Beispiel der absterbenden Region Bella Union im Grenzgebiet zu Brasilien, weil dort der Zuckerpreis bereits jetzt drastisch sinkt. Auch die Rindfleischexporte, Grundlage des einzigen bescheidenen Wohlstandes des flachen Weide-landes, gehen zurück.

Den Menschen bleibt keine Zeit, um sich dem Strukturwandel zu stellen, selbst wenn sie es versuchten. Folge des Mercosur wird sein, daß die monokulturell geprägte Agrarproduktion und die Industrie in Länder mit noch niedrigeren Löhnen wie Brasilien abwandern wird. Mit anderen Worten: Uruguay ist Ziel von Spekulationskapital ohne Produktions- und Investitionsabsichten.

Wahlen im November

Neun Jahre nach der Diktatur, in denen die konservative Blanco-Partei regierte, könnte die Frente Amplio bei den Parlamentswahlen im Herbst nach Montevideo erstmals auch die Macht auf Landesebene übernehmen. Ob aber eine linke Regierung Uruguays angesichts der bereits existierenden internationalen Verflechtungen das wirtschaftspolitische Ruder isoliert herumwerfen kann, bleibt anzuzweifeln. Deshalb richten sich 1994 die Hoffnungen vieler Uruguayerinnen und Uruguayer auf die Wahlen in Brasilien. Nur wenn dort ebenfalls die Linkskräfte siegen, so die Meinung von Beobachtern, könnten sich auch in Uruguay entscheidende neue Spielräume eröffnen. Probleme zeichnen sich aber auch innerhalb des Linksbündnisses ab. Im Zeichen der Krise wird es immer schwieriger, die mühsam gebastelte Frente Amplio zusammenzuhalten. So beklagt der linke Flügel, zu dem die ehemalige Guerillabewegung Tupamaros gehört, einen zunehmenden „Sozialdemokratisierungsprozeß“. Ob es gelingt, die unterschiedlichen Strömungen des Bündnisses zusammenzuhalten, könnte sich spätestens an der Machtfrage im Herbst entscheiden, wenn es nach einem möglichen Wahlsieg gilt, Wirtschaftspolitik konkret zu betreiben. Die Linke tut sich schon jetzt schwer, eine gemeinsame Wahlplattform zu formulieren.

In Gesprächen mit Gewerkschaftern und linken Politikern begegnet man latent auch dem Argument einer erneuten Intervention der Militärs. Das „Chile-Syndrom“ ist in allen lateinamerikanischen Ländern zu Hause. Zu oft schon wurde dem mühsam erkämpften sozialen Fortschritt mit einer neuen Diktatur begegnet.

Umtriebe des BND in Algerien

Sein längerer Zeit schon sucht der Bundesnachrichtendienst (BND) nach neuen Tätigkeitsfeldern. Dies ist ja nicht die einzige Institution dieser Art, die, nachdem der so lukrative „kalte Krieg“ sich als Windei entpuppt hat, nutzlos und damit überflüssig wird.

Statt nun aber einfach die Schlußfolgerung zu ziehen und die Selbstauflösung vorzuschlagen — wie es sowohl von Frau Köppel wie von Herrn Schmähling mit interessanten Argumenten gefordert wird — kommt es offenbar zu Initiativen, die den Verdacht aufkommen lassen, daß diese Institutionen neben überflüssig und nutzlos auch noch gefährlich werden könnten.

So schreibt die französische Regionalzeitung *Le télégramme de Brest* vom 3.2.94 unter der Überschrift „Aktivitäten des FIS: die deutsche Hand?“:

„Während sich die Attentate der Islamisten in Algerien fortsetzen, studieren mehrere europäische Geheimdienste sowie der algierische DRS des Generals Mediene übereinstimmende Informationen, denen zufolge der deutsche BND, der von Konrad Porzner geleitet wird, der Islamischen Heilsfront und ihren bewaffneten Gruppen Unterstützung zukommen läßt.“

Die ersten beunruhigenden Meldungen stammen von diesem Sommer. Zuerst war es die in Deutschland erfolgte Verhaftung von Oussama Madani, Sohn von Abassi Madani, im Gefängnis befindlicher Gründer des FIS sowie von Rabah Kebir, Sprecher und Mitglied des Exekutivkomitees im Exil. Algier hatte mit lautem Geschrei deren Auslieferung verlangt. Aber beide wurden auf Druck Saudi-Arabiens, aber auch der speziellen deutschen Dienste entlassen ...“

Der BND war es auch, der der Armee des Islamischen Heils (AIS) Funkübertragungsmaterial zur Verfügung stellte. Nach Aussagen von Mitgliedern der AIS, die von algierischen Organen ge-

fangen genommen wurden, sind sie auch direkt ausgebildet worden. Mehrere westliche Quellen versichern, daß die Verbindungen des BND mit den algerischen Islamisten auf die Zeit zurückgehen, da diese in den afghanischen Ma-



Oben: BRD-Geheimdienst-Minister Schmidbauer. Unten: Irans Geheimdienst-Chef Fallahlan, in Bonn gerne gesehen.

Quo vadis Schlapphüte? Von Petitjean

quis gegen die UdSSR kämpften. So ist es zum Beispiel im Falle von Kamredine Kherbana, einem ehemaligen „Afghaner“, der heute einer der Koordinatoren der FIS-Exekutive im Exil ist. Nach den Angaben des Journalisten

Hanane el Cheikh von der algerischen Zeitung *Le Matin*, der den Werdegang von Kerbana besonders beobachtet hat, liefert dieser den deutschen Diensten Informationen über bosnische Muslime, mit denen er Kontakt hat, gegen Hilfe für den FIS ...“

Es gibt noch überraschenderes. Der BND soll bestimmte türkische Kreise in Deutschland — unter anderem die rechtsstehenden „Grauen Wölfe“ — dazu benutzen, Geld an die Islamisten weiterzuleiten. Es ist nicht das erste Mal, daß der BND in Algerien aktiv wird. In den 50er und 60er Jahren half er der Algerischen Nationalen Befreiungsarmee gegen die Franzosen und benutzte als Tarnung verschiedene Chemie- und Arzneimittelfirmen, die er vor allem von seiner Station in Tunis aus einsetzte ...“

Warum aber soll heute der BND den FIS unterstützen? Weil letzterer, Fachleute zufolge, an die Macht kommen könnte und bestimmten deutschen Wirtschaftskreisen damit die schon lange erhoffte Gelegenheit gegeben wäre, Franzosen und Italiener in der Region zu verdrängen.

Als Beweis wird die Tatsache herangezogen, daß zwischen den deutschen und iranischen Geheimdiensten freundliches Wetter entstanden ist. Es verschlug einigen die Sprache, als im vergangenen Oktober der deutsche Botschafter, Wilfried Hofmann, anlässlich eines Kolloquiums in Rabat/Marokko folgendes von sich gab: „In einem Befreiungskrieg ist der Terrorismus legitim. Er war legitim gegen die französischen Kolonialisten, wie er legitim sein könnte gegen Führungen, die so handeln, wie es früher die Franzosen taten.“

Wirklich erstaunliche Fakten und Worte, die dazu veranlassen sollten, über einiges nachzudenken und Fragen zu stellen. Außenminister Kinkel beklagt möglichen „Ansehensverlust“ der BRD. Möglichen?

Hawaiianer verlangen Land zurück

Auf anhaltende Verletzungen ihrer Menschenrechte haben Vertreter der hawaiianischen Bevölkerung im Februar in der Bundesrepublik hingewiesen. Angehörige der einheimischen Kanaka Maoli würden verhaftet, wenn sie sich auf Land niederließen, das ihnen die US-Regierung widerrechtlich abgenommen habe, berichteten Nalani Minton und der Filmemacher Puhipau von der Bürgerrechtsbewegung Ka Pakaukau. Zu ständigen Auseinandersetzungen mit der Polizei führe auch die Ausübung religiöser Riten. Die US-Regierung verletze permanent das Recht der Ureinwohner auf Selbstbestimmung, kritisierte Minton.

Die Bürgerrechtsbewegung verlangt vor allem die Rückgabe des von der amerikanischen Regierung und weißen Siedlern widerrechtlich angeeigneten Landes. Für die Kanaka Maoli sei das Land ein Teil ihrer Kultur und Religion. Der Protest richte sich gegenwärtig vor allem gegen geothermische Probebohrungen am Vulkan Mauna Loa, den die Ureinwohner als Verkörperung einer Göttin verehren. Die Insel Kahoolaw, die für die Bevölkerung von besonderer spiritueller Bedeutung sei, wurde von den USA jahrelang als Bombentestgebiet missbraucht. An der Situation der Kanaka Maoli hat sich nach Angaben der Bürgerrechtsbewegung trotz

der Entschuldigung des US-Senats nichts geändert.

Die Vertreter der Ureinwohner, die auch an einem Hawaii-Seminar des Pazifik-Netzwerkes in Berlin teilnahmen, hatten die Bedingungen der Hawaiianer vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf erläutert. Die Zahl der Ureinwohner auf Hawaii ist seit der sogenannten Entdeckung durch James Cook im Jahre 1778 von 500 000 bis 700 000 Menschen auf heute insgesamt etwa 200 000 Kanaka

Aufruf zum Tourismusboykott

Maoli zurückgegangen. Sie stellen damit nur noch ein Fünftel der Bevölkerung. Statistischen Angaben zufolge haben sie den schlechtesten Gesundheitszustand von allen einheimischen Völkern in den USA. Die Säuglingssterblichkeit liegt bei den Kanaka Maoli um 40% über dem Durchschnitt des Bundesstaates, die Lebenserwartung um sechs Jahres darunter. Sie verfügen über das geringste Familieneinkommen, stellen aber fast die Hälfte der Gefangnisinsassen und den größten Teil

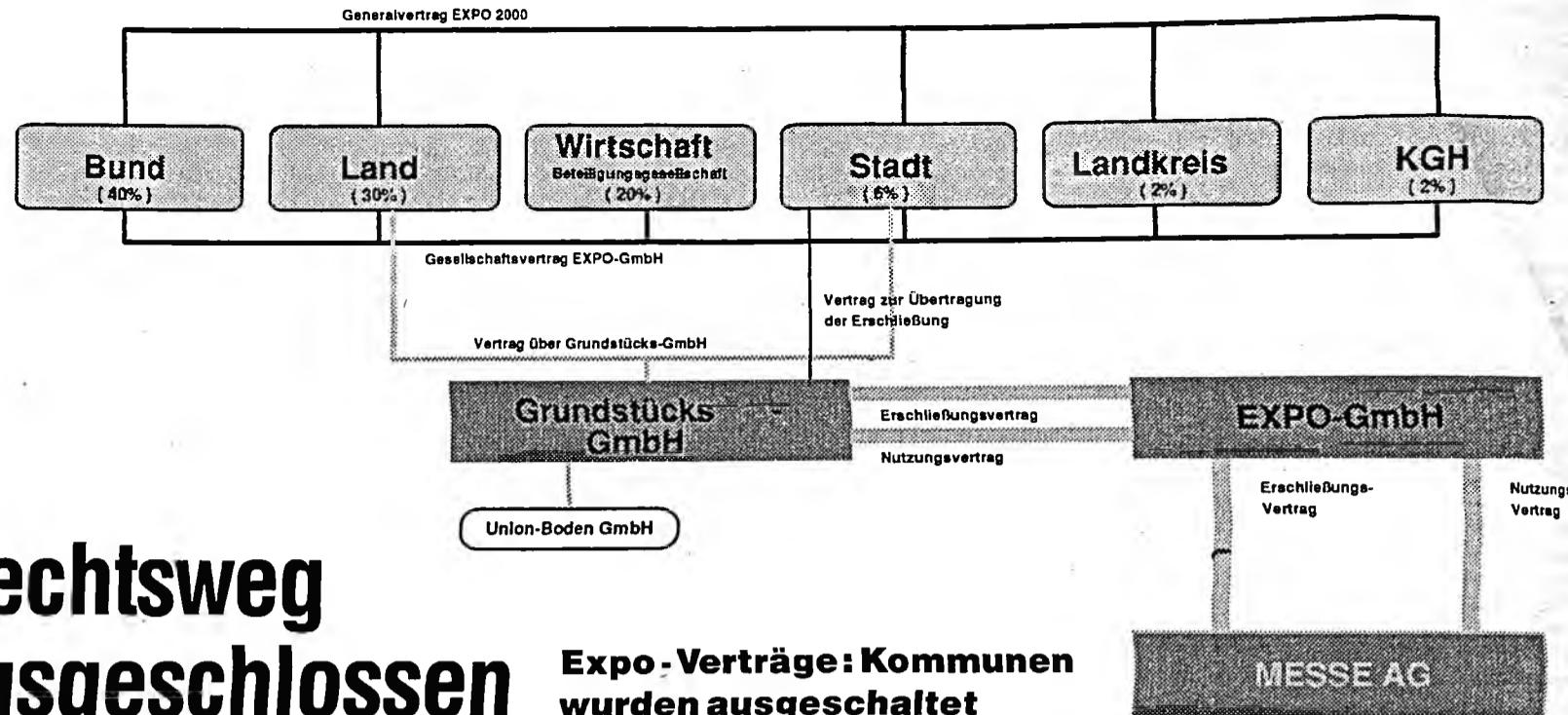
der Obdachlosen.

Mitglieder der Kanaka Maoli sind derzeit dabei, einen internationalen Boykott des Tourismus auf Hawaii zu organisieren. Der vorliegende an die NFIP-Bewegung und andere Nichtregierungsorganisationen gerichtete Aufruf begründet dies damit, daß sich der Urlauberstrom, immerhin sieben Millionen Besucher jährlich, negativ auf die Kultur der Ureinwohner sowie auf die Umwelt auswirke.

Der Boykott soll so lange gelten, bis folgende Bedingungen erfüllt sind:
— ein Moratorium für alle Veränderungen bis zur Souveränität des Landes und
— eine Zusammenarbeit von Tourismusindustrie, Staat und Ureinwohnern für ein angemessenes Management des Wirtschaftszweiges.

Die Kampagne wird unter der Losung geführt: „Don't come to Hawaii“. Der Aufruf erging bisher nicht nur an die Teilnehmer des hawaiianischen Tourismuskongresses. Auch auf der internationalen Tourismus-Börse in Berlin forderten die hawaiianischen Aktivisten Urlauber auf, ihre Reisepläne zu ändern und auf einen Besuch der Inseln zu verzichten.

Quelle: *Pacific Islands Monthly*, Februar 1994 — (hel)



Rechtsweg ausgeschlossen

Expo-Verträge: Kommunen wurden ausgeschaltet

Große Einheitsfront“ für die „wichtigste Sache seit dem Wiederaufbau der Stadt vor fast 50 Jahren“ (HAZ, 18./19.4.): Die Verträge für die „Expo“ wurden in dieser Woche in den kommunalen Gremien in Hannover abgesegnet. Vermutlich das letzte Mal bis zum Ende der Expo, wo kommunale Vertreter etwas entscheiden können. Danach gilt GmbH-Recht unter Ausschluß des ordentlichen Rechtswegs.

Wie man hört, ist es vor allem Ministerpräsident Schröder zuzuschreiben, daß die 50 Seiten umfassenden Verträge nun vorliegen. Ja, wir verdanken ihm viel, dem Albrecht-Nachfolger. Ausgehandelt zwischen Bund und Land hatten Vertreter kommunaler Körperschaften keine Chance zur Mitsprache.

Da ist zunächst mal die Expo-GmbH, ihr obliegt die „Vorbereitung, Organisation und Abwicklung der Weltausstellung“. § 2, Ziffer 5 (Gegenstand des Unternehmens): „Um eine umfassende und repräsentative Präsentation der deutschen Wirtschaft zu erreichen, die dem Expo-Thema gerecht wird und die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland herausstellt, wird die Expo-Gesellschaft mit der Expo-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft mbH & Co. Verwaltungs KG zu-

sammenarbeiten. Diese wird inhaltliche Vorschläge der deutschen Wirtschaft einbringen, die von der Expo-Gesellschaft in die Entscheidungsfindung angemessen einbezogen werden ...“

Die „Entscheidungsfindung“ vollzieht sich im Aufsichtsrat der Expo-GmbH (der Parlamentarismus ist in Sachen Expo überwunden). Hier sehen wir, daß je nach Stammkapitaleinlage Bund (40%) und Wirtschaft (20%) mit sechs Aufsichtsratsmitgliedern über eine dezente Mehrheit verfügen. Das Land Niedersachsen hat drei Aufsichtsratsmitglieder, Stadt Hannover, Landkreis Hannover und Kommunalverband Großraum Hannover stellen zusammen ein (1) Aufsichtsratsmitglied.

Die Aufgabe der kommunalen Vertragspartner reduziert sich alsdann auf die „Entwicklung, Erschließung, Verwaltung und Verwertung von Grundstücken des Geländes der Expo“, nämlich in der gleichnamigen Expo-Grundstücksgesellschaft unter Beteiligung von Land (3 Aufsichtsratsmitglieder), Stadt (3), Union Boden GmbH (1). Diese Verschachtelung hat vor allem den Zweck, der Stadt Hannover nach der Expo das Risiko der Vermarktung der Grundstücke zu übertragen. Bekanntlich lassen sich ja derartige Ausstel-

lungsruinen hervorragend vermarkten. Für diese ruinöse Regelung ist der Stadt die Mithaftung für 5% der Schulden der Expo-GmbH gegenüber dem ersten Konzept erlassen worden. Entsprechend ihrem Stammkapitaleinsatz hafte sie natürlich dennoch:

„Die Parteien vereinbaren hiermit, daß alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit den vorbezeichneten Expo-Verträgen unter Ausschluß des *ordentlichen Rechtswegs* durch ein Schiedsgericht entschieden werden sollen ...“ (Schiedsvereinbarung) Das Schiedsgericht setzt sich zusammen aus den Präsidenten des Bundesgerichtshofs (Vorsitzender), des Oberlandesgerichts Celle (beisitzend), des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg (beisitzend) sowie der Wirtschaftsprüferkammer Düsseldorf (beisitzend). „Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.“ Die Analogie zu den Mehrheiten im Aufsichtsrat ist nicht zu übersehen.

Bleibt noch, ein Wort zur sogenannten Bürgerbeteiligung zu sagen, von der selbst die *Hannoversche Allgemeine* schreibt, daß sie nicht stattfindet: § 15, Ziffer 4: „Die Expo-Gesellschaft wird Anregungen und Ideen aus der Bürgerbeteiligung (...) in ihre Entscheidungs-

findung angemessen einbeziehen.“ Verfahren siehe oben.

Bis auf die GABL ist die Zustimmung zu den Verträgen allseitig. Die Mitgliederversammlung der Grün-Alternativen beschloß am 18.4., die Zusammenarbeit mit der SPD im Stadtrat aufzukündigen, falls diese keine Zusatzvereinbarungen zu den Expo-Verträgen (es geht vor allem um die Reduzierung des Autoverkehrs) zuließe. Diese läßt aber nicht. Im Gegenteil: Mit ihrer Zustimmung zum Ausbau der Pferdeturmkreuzung verläßt die SPD bewußt Vereinbarungen, die sie mit der GABL getroffen hatte, und macht damit planmäßig den Weg für eine Zusammenarbeit mit der CDU im Stadtrat frei. Nach dem Ausgang der Landtagswahl verwundert das freilich nicht. Am Rande der Ratssitzung am 21.4. begrüßten viele SPD-Ratsmitglieder, daß es zu dem „lange überfälligen Bruch“ mit der GABL gekommen sei.

Das Vertragswerk könne nur als Ganzes übernommen oder abgelehnt werden, so der städtische Expo-Chefplaner Eichsfeld. Nun denn, dieses Vertragswerk ist nicht nur wegen des Regelungsinhaltes, sondern auch wegen der Regelungsart abzulehnen. Eine überfällige Entscheidung der GABL. — (rec)



Am 28. April kippten Vertreter/innen der bundesweiten Arbeitsgruppen gegen Erwerbslosigkeit und Armut faules Obst vor die Gebäude der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) in Köln. „Zwei Wochen nach den skandalösen Parlamentsbeschlüssen zu Ernteinsätzen und Zwangsdiensten und einer Vielzahl anderer Schikanen beginnen wir mit der Gegenwehr“, hieß es in einer Erklärung. „Diese heutige Aktion wird Auftakt sein für eine Kampagne gegen jede Art von Zwangsdiensten und soziale Kahlschlagstrategien der Unternehmerverbände und deren Lobbyisten im Parlament...“ — (rül, Bild: Plakat)

BASF unterschlägt Antrag „Kritischen Aktionäre“

Ludwigshafen. Zur diesjährigen Aktionärsversammlung (HV) der BASF AG reichte Prof. Dr. Jürgen Rochlitz, Sprecher der „Aktion Alternativer BASF-Aktionäre“ (AABA) den Antrag zur Bildung eines „Zukunftsfoonds zur Sicherung der Arbeitsplätze bei der BASF“ ein. Entgegen dem Antrag des Vorstands, je Aktie eine Dividende von 8 DM auszuschütten — dies wären insgesamt ca. 467,6 Millionen DM —, sollte nach den Vorstellungen der AABA lediglich eine symbolische Dividende von 1 DM pro Aktie ausgeschüttet werden und der dann verbleibende Bilanzgewinn als Grundstock für den Arbeitsplatzfonds verwendet werden.

„Der Abbau von Arbeitsplätzen bei der BASF muß endlich gestoppt und die Übernahme aller Auszubildenden in ihren erlernten Berufen muß ermöglicht werden“ — so die Begründung. Die BASF hat in Ludwigshafen in den letzten vier Jahren mindestens 8000 Beschäftigte „abgebaut“, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Dieser Antrag wurde der BASF rechtzeitig zugeleitet. Der BASF-Vorstand

ist nach dem Aktionärsrecht verpflichtet, allen Aktionären, insgesamt hat die BASF 374000, die eingegangenen Gegebanträge schriftlich bekanntzumachen. Speziell bei diesem Antrag verweigerte dies die BASF mit der Begründung, dies könne zu einem anfechtbaren Beschuß führen.

Diese Begründung ist so sehr an den Haaren herbeigezogen, daß stark zu vermuten ist, die BASF-Verantwortlichen wollen strikt vermeiden, daß eine solche Überlegung öffentlich diskutiert wird. — (ede)

Sicherheitstarifvertrag längst überfällig

Bonn. Zu dem erneuten tödlichen Zugunglück bei Gleisbauarbeiten erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der PDS/LL, Dr. Dagmar Enkelmann:

Nachdem erst vor zwei Wochen bei einem ähnlichen Unfall in der Nähe von Kitzingen drei Gleisarbeiter getötet wurden, ist gestern abend erneut ein ICE in einen Bautrupp gerast und hat dabei einen Arbeiter tödlich verletzt. Damit setzt sich die schreckliche Serie von sich häufenden schweren Zugunglücken fort. Die PDS/ Linke Liste for-

HEIDELBERGER KIRCHENASYL**Kirchengemeinde kämpft für das Bleiberecht des Kurden Ibrahim Gürkan**

Seit 4. März gewährt die evangelische Gemeinde Handschuhsheim mit dem Arbeitskreis Asyl und dem Diakonischen Werk Heidelberg dem 23-jährigen Kirchenasyl.

Neuerdings auch mit dem offiziellen Segen der Synode der evangelischen Landeskirche sowie des badischen Landesbischofs und EKD-Vorsitzenden K. Engelhardt. I. Gürkan war im Zusammenhang mit den Trauerveranstaltungen um den im Juli 1991 ermordeten Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir, Vedat Aydin, mehrmals von den türkischen Behörden verhaftet und gefoltert worden und sodann geflohen. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat, obwohl es seine Darlegung über erlittene und drohende Folter als glaubhaft ansah, seinen Asylantrag abgelehnt und Abschiebung angeholt, da seine Verhaftung in der Türkei nicht aufgrund seiner politischen

Überzeugung, sondern wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration erfolgt sei. Die Kirchengemeinde will mit ihrem Asyl Zeit gewinnen, um sich mit einer Petition, unter die bereits über 5000 Unterschriften gesammelt wurden, an den baden-württembergischen Landtag zu wenden und so dennoch eine Bleiberecht für I. Gürkan zu erwerben bzw. eine Neuaufnahme des Asylverfahrens zu erreichen. Das Kirchenasyl soll auch trotz mehrerer Drohungen der Staatsanwaltschaft Heidelberg weiter gewährt werden, die derzeit prüft, ob sie nicht ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Ausländerrecht einleitet. Dies wäre dann nach Angaben des landeskirchlichen Beauftragten für Asylfragen, W. Weber, der erste Fall von bisher über 200 in der BRD, in dem eine Staatsanwaltschaft gegen Gewährer von Kirchenasyl ermitteln würde. — (has)

MANNHEIM**Solidarität mit den türkischen Kriegsdienstverweigerern**

Am 15. Mai ist der „Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung“. Auf dem jährlichen „International Conscientious Objectors Meeting“, das im Dezember 1993 erstmals in der Türkei tagte, wurde als Schwerpunkt für den 15. „Kurdistan“ festgelegt.

In Mannheim wie auch anderen Orten nimmt die DFG/VK den Tag zum Anlaß, auf die Situation der türkischen Kriegsdienstverweigerer aufmerksam zu machen. Ein Punkt dabei ist die Forderung nach Asylrecht für türkische/kurdische KDV in der BRD.

Die Situation der türkischen KDV hat sich erheblich zugespitzt. Am 3.12.93 erklärte Verteidigungsminister Mehmet Gölhan, es gebe in der Türkei 250000 Fahnenflüchtige. Er stellte ihnen ein Ultimatum, sich bis Ende Februar zu stellen; dann würde sie eine Geldstrafe und der reguläre Wehrdienst erwarten. Andernfalls hätten sie mit

bis zu drei Jahren Haft zu rechnen. Von diesem Ultimatum sind besonders 14 junge Männer betroffen, die sich bis Ende 1993 öffentlich zu ihrer Kriegsdienstverweigerung erklärten. Zwei von ihnen wurden im größten privaten Fernsehsender der Türkei HBB interviewt, worauf den zwei verantwortlichen Journalisten vor dem Großen Generalstabsmilitärgericht im Februar der Prozeß gemacht wurde: Je zwei Monate Gefängnis plus Geldstrafe. Gegen die beiden Interviewten wurde Haftbefehl erlassen; einer der beiden, Aytek Öznel, stellte sich inzwischen. Er ist der ehemalige Vorsitzende der im November 1993 gerichtlich aufgelösten KDV-Organisation in Izmir. Der Verein hat sich wieder gegründet. Nach seinen Angaben sind von 1.1. bis 22.2. in der Türkei 310 Desertionen, 18 Soldaten-Selbstmorde und 14 Selbstmordversuche bekannt geworden. — (tht)

dert die Deutsche Bahn AG auf, eine unabhängige Untersuchungskommission mit dem Auftrag einzusetzen, die Ursachen der tragischen Unfälle zu untersuchen.

Darüber hinaus sollte endlich ein von den Gewerkschaften schon seit langerem geforderter Sicherheitstarifvertrag für die Beschäftigten der Bahn AG abgeschlossen werden, um die optimale Sicherheit der Eisenbahner durch entsprechende personelle und technische Ausstattung zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang sollte die Sicherung von Gleisbaustellen nicht weiter an private Unternehmen vergeben, sondern von speziell ausgebildeten Eisenbahner durchgeführt werden. — PDS/LL vom 25.4.

Niedersachsen schiebt ins Folterland Türkei ab

Hannover. In der Türkei dürfen Verhaftete bei Verstoß gegen das Zivilrecht sieben Tage ohne richterliche Kontrolle festgehalten werden, bei politischen Fällen bis zu 15 Tagen, in Türkisch-Kurdistan sogar bis 30 Tage. Über Verhörmethoden, in diesem Fall von politischen Gefangenen in der Haft, berichtet

MÜNCHEN**Solidarität mit den Conti-Betriebsräten**
Vorstand kündigte Betriebsratsmitgliedern

Es geht um einen Betriebsrat, der nichts anderes getan hat, als die betriebsverfassungsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die Interessen der Belegschaft zu vertreten.

Die Forderung der Unternehmerverbände nach unbeschränkter Freiheit in den Betrieben versucht der Vorstand der Continentale Lebensversicherung a.G. in München unter Einsatz ganz erstaunlicher Mittel umzusetzen. Höhepunkt ist die beabsichtigte fristlose Kündigung von drei Betriebsratsmitgliedern. Diese sowie die sie unterstützenden Gewerkschaften sind seit 1992 einer wahren Prozeßblawine ausgesetzt. Das Hauptsacheverfahren über die fristlose Kündigungen der Betriebsratsmitglieder Angelika Eichinger, Carola Helk und Werner Roth wird derzeit vor dem Arbeitsgericht München verhandelt. Die drei lassen sich nicht unterkriegen, sie lassen sich nicht „abfinden“. Somit hat die für den 10. Mai 1994 angesetzte Betriebsratswahl sowohl für den Vorstand der Conti Leben wie für die bedrohten Betriebsräte entscheidende Bedeutung.

Der Betriebsrat der Conti Leben besteht aus sieben Mitgliedern. Roth ist mit einer Unterbrechung von drei Jahren seit 1971 BR-Vorsitzender. Eichinger ist seit 1981 Betriebsräatin. Helk seit 1992 Mitglied des BR. Die Geschichte des fortgesetzten Angriffes der Unternehmensleitung auf die Beschäftigten ist gleichzeitig die Geschichte des konsequenten Kampfes der oben genannten Betriebsräte. Als Beispiele hierfür seien genannt:

* Nachdem der Betriebsrat 1985 mit den Stimmen der vier gewerkschaftlich organisierten Mitglieder mehrheitlich die Annahme einer Betriebsvereinbarungsversion der Unternehmensleitung

zur Einführung eines Personalinformationssystems abgelehnt und die Einigungsstelle angerufen hatte, zog die UL die Sache zurück.

* 1989 wollte die Conti vier Küchenmitarbeiter kündigen. Drei von ihnen waren bereits über 50 Jahre alt. Durch den engagierten Einsatz des BR konnte über Kündigungsschutzklagen mit Unterstützung des DGB die Weiterbeschäftigung erzwungen werden. Die UL stellte daraufhin den Küchenbetrieb für ein Jahr ganz ein und versucht gegen den BR aufzuhetzen.

* Ab Dezember 1989 wurde ein Hausmeisterehepaar dreimal hintereinander gekündigt, das bereits über 20 Jahre bei der Conti beschäftigt war. Durch den Widerspruch des BR und über Kündigungsschutzklagen konnte auch hier die Weiterbeschäftigung erreicht werden.

* Seit dem 1.1.91 — nach Abschluß

eines neuen Tarifvertrages — versucht die UL Kollegen zu niedrig einzugruppieren. In zwischenzeitlich 130 Fällen sollten Eingruppierungen vorgenommen werden, die die tariflichen Mindestbedingungen nicht erfüllen. Der BR erhob Widerspruch.

* Anfang 1991 verkaufte die Conti Leben eine Wohnanlage mit hohem Gewinn. Den seit 22 Jahren bei der Conti beschäftigten 53 Jahre alten und gesundheitlich geschädigten Hausmeister wollten sie bei dieser Gelegenheit gleich mit loswerden. Mit Unterstützung des BR gelang es dem Hausmeister seine Weiterbeschäftigung bei der Conti zu erreichen.

* Im Dezember 91 kündigte die Unternehmensleitung die Betriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung. Der Betriebsrat erreichte schließlich über ein von ihm eingeleitetes Beschlußverfahren beim Arbeitsgericht einen Vergleich. — (dil)



nicht im Alleingang einen Abschiebestop für Kurden beschließen könne. — (bee)

Eindrucksvoller Protest gegen Kürzungen im Bildungsbereich

Hamburg. Über 50000 beteiligten sich am 27. April an der Großdemonstration gegen die geplanten massiven Kürzungen im Bildungsbereich (siehe letzte Ausgabe), zu der SchülerInnenkammer, Studentenvertretungen, GEW und andere aufgerufen hatten. Ihre Forderungen: „Schaffung von 1000 Lehrerstellen bis 1997 entsprechend der wachsenden Schülerzahl; Erhalt der Standards für alle Schularten; keine Erhöhung der Pflichtstundenzahl für LehrerInnen; kein bedarfsdeckender Unterricht für ReferendarInnen; Erhalt der Schülerrundstunden; keine Erhöhung der Klassenfrequenzen; Rücknahme der Abiturtermin-Verschiebung; keine Reduktion der Studienanfänger-Kapazitäten an der Universität.“ — Die Schulebehörde hatte zuvor der GEW unter Androhung eines Zwangsgeldes in Höhe von 50000 DM untersagt, weiterhin für den Aktionstag aufzurufen, und die Lehrerinnen und Lehrer angewiesen,

am 27. April in den Schulen zu bleiben, damit aber nur eine besonders rege Beteiligung bewirkt. An 450 Schulen führten die Schüler vormittags Vollversammlungen durch, auch an der Uni fand eine Vollversammlung statt, bevor die Protestierenden in 24 Demonstrationen aus allen Richtungen zum Sammelplatz zogen. Währenddessen beriet die Bürgerschaft im Rathaus über den Haushalt für 1994 und über Streichungen in Höhe von mehreren hundert Millionen. — (scc)

Verbot einer Maidemonstration wurde zurückgeschlagen

Dortmund. 500 Leute beteiligten sich an einer „Revolutionären 1. Mai-Demonstration — Gemeinsam gegen den Sozialabbau der Herrschenden.“ Zahlreiche linke Gruppen hatten nach der DGB-Veranstaltung zu einer solchen Veranstaltung aufgerufen. Der Dortmunder Polizeipräsident hatte die Demonstration mit der Begründung verboten, daß er mit Zwischenfällen rechne. Die Veranstalter klagten und erhielten Recht. Die Demonstration verlief friedlich, trotz der Polizeiprovokationen. — (jöd)

„Schneider“-Pleite: Die Folgen in Leipzig

Aktuelle Stunde in Leipzigs Stadtparlament
Beitrag der PDS/Demokratischer Frauenbund

Leipzig kommt“ — mit dieser Zeile auf riesen Werbeflächen will die Stadtverwaltung für den Aufschwung in der Stadt werben und Investoren anlocken. „Leipzig kommt“ mit dem größten Konkurs im Bau- und Immobilienbereich in der deutschen Geschichte! — mit diesem Satz beginnt die Fraktion PDS/Demokratischer Frauenbund der Stadtverordnetenversammlung Leipzig ihre Begründung zum Antrag für die Durchführung einer aktuellen Stunde in der Stadtverordnetenversammlung am 20. April über „Soziale, wirtschaftliche und kommunalpolitische Folgen und Konsequenzen des Schneider-Konkurses für die Stadt Leipzig“.

Wir dokumentieren den Beitrag des Vorsitzenden der PDS/DF-Fraktion, zugleich Kandidat für das Oberbürgermeisteramt, Lothar Tippach.

Leipzig ist nach den Vorgängen um die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft und die Geschäftsführerverträge der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung innerhalb der letzten zwei Jahre das dritte Mal in die Negativschlagzeilen geraten. Das hatten sich die Väter von „Leipzig kommt!“ sicherlich nicht vorgestellt. Kommt Leipzig mit Skandalen? Wenn es denn so wäre, könnte man diesem Vorgang ja etwas Positives nach dem Grundsatz „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungekniert!“ abgewinnen. Aber so einfach ist das nicht.

Die heutige aktuelle Stunde wurde von uns beantragt, weil wir die politische Debatte in diesem hohen Hause für notwendig erachten.

Es geht nach unserer Auffassung um zwei Problemkreise:

— Klärung der Verantwortung und der daraus zu entwickelnden Konsequenzen für die sozialen, wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Folgen des Schneider-Konkurses.

— Verantwortung und Möglichkeiten der Stadt zur Minderung dieser Folgen. Ich will den Versuch wagen, einige analytische Ansätze dieses Vorgangs aus unserer Sichtweise in der mir zur Verfügung stehenden Zeit darzustellen.

1. Wenn man über Verantwortung spricht und dies vor den Kommunalwahlen, dann verlockt es natürlich, den politischen Konkurrenten sofort niederrzumachen, wie es von zwei meiner Mitbewerber um das Oberbürgermeisteramt versucht wurde. Dieser Versuch muß deshalb mißlingen, weil nicht beachtet wird, daß die Schneider-Pleite Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse ist, in denen wir uns befinden. Insofern habe ich als Sozialist meinen Marx schon gut gelesen. Der Konkurs der Schneider-Gruppe ist sicherlich spektakulär; spricht man doch vom größten Immobilien- und Bauskandal der deutschen Nachkriegsgeschichte, aber beileibe ist es kein Einzelfall und wird es auch nicht bleiben. Es sind noch viele kleine und große Schneider unter uns.

Der Zusammenbruch der internationalen Immobilienmärkte Anfang der

90er Jahre hat Deutschland nunmehr erreicht. Durch den Einigungsboom wurde eine erhebliche Nachfrage nach Büro- und Gewerbeträßen erzeugt und die Renditen sind überdurchschnittlich gestiegen. Das „scheue Reh“ Kapital hat schnell erkannt, daß durch beträchtliche Wertsteigerungen überdurchschnittliche Renditen in kurzer Zeit zu erzielen sind. Das traf vor allem auf Leipzig zu. In einer Umfrage unter Immobilienhändlern nach den Städten, in denen die höchsten Renditen aus Immobilien geschäften zu erzielen sind, erreichte Leipzig unter 40 BRD-Großstädten den zweiten Platz nach Berlin.

Aus vielen Gründen, die nicht nur mit der Rezession zusammenhängen, haben sich die hohen Erwartungen nicht erfüllt. Die Schattenseiten des Immobilienmarktes in Deutschland werden offenbar.

Der Immobilienmarkt, so schätzt AENGEVELT ein, der durch eine Überhitzung der Immobilienpreise charakterisiert war, wird durch realistischere Marktverhältnisse abgelöst werden. So weit, so gut, oder nicht gut! Denn es bleiben die vielen betroffenen Leipziger Bürgerinnen und Bürger, die die eigentlichen Verlierer sind. Herr Schneider ist über alle Berge und es wird auch hier der Grundsatz gelten: Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen.

2. Wo liegt nun die Verantwortung Leipzigs, wo beginnt sie?

Sie liegt in einem politischen Klima in dieser Stadt, das es solchen Spekulanten wie Herrn Schneider erlaubt, umtriebig zu agieren.

Und hier liegt der Kritikpunkt. Es ist also eine Kritik im Grundsätzlichen. Herr Schneider oder den anderen Immobilienfirmen, die mit großen Anzeigen für das „Steuerparadies Leipzig“ werben, kann man doch nicht zum Vorwurf machen, daß sie „Leipzig kommt!“ als das ansehen, was es ist. „Leipzig kommt!“ heißt eben: „kommt nach Leipzig und zockt ab!“

AENGEVELT spricht von boomartigen Erscheinungen in Leipzig. „Boom“ hat immer etwas an sich von Ungesundem, Auswucherndem. Ja, die politisch Verantwortlichen haben gerade dieses Image von „Boombtown“ Leipzig gepflegt. Man gefällt sich darin, die Anzahl der Kräne in dieser Stadt, wie es von Ihnen, Herr Oberbürgermeister (Lehmann-Grube, früher Hannover, Anm. d. Red.), in den Reden zur Eröffnung der Leipziger Messe und Buchmesse geschehen ist, als Beweis für den Aufschwung Leipzigs darzustellen. Es wird nicht gefragt, was wird durch wen gebaut und wer hat den Nutzen.

Büroflächen statt Sozialwohnungen — das ist das Ergebnis der Baupolitik! Bis zum Jahresende sollen 5000 Wohnungen leerstehen, die in Altbauten saniert sind, jedoch auf Grund der hohen Preise nicht verkauft werden können. Und das bei über 20000 Wohnungssuchenden in dieser Stadt. Von den von Arbeit befreiten Menschen will ich gar nicht sprechen. Das sind die wahren Entwicklungsprobleme in Leipzig.

Lange Zeit wurde nach dem Grundsatz gehandelt, Hauptsache es kommt ein Investor, wer es denn auch sei. Es sollte ja der neue „Frühling nach 40 Jahren kommunistischem Winter“, wie sie, Herr Oberbürgermeister in den erwähnten Eröffnungsreden ausführten, sich denn auch schnell zeigen. Erfolge mußten her und das um jeden Preis.

Notwendig ist eine realistischere Politik, die nicht von Wunschvorstellungen ausgeht, wie z.B. die vorgesehenen gigantischen Verkehrsbauten, sondern entsprechend der verkehrspolitischen Leitlinien, die auf den gegebenen Möglichkeiten aufbaut, die Potenzen der Region Leipzig entwickelt und nutzt und sich auf die Kraft der Leipziger Bürgerinnen und Bürger besinnt. Leipzig soll den Leipziger gehören und nicht Glücksrittern, Spekulanten, Abzockern, die das schnelle Geld machen wollen. Das soll kein Wort gegen diejenigen Investoren sein, die gewillt sind, die guten Entwicklungschancen Leipzigs zu befördern. Diese brauchen wir in Leipzig. Leipzig soll aus dieser Sicht investorfreundlich sein.

3. In der *Süddeutschen Zeitung* war am 16./17. April 1994 zu lesen, daß viele Leipziger den Stadtoberen Leichtfertigkeit vorwerfen. In der Tat kann man diesen Eindruck von Leichtfertigkeit und Vertrauensseligkeit gewinnen.

Zwei Beispiele:

Der eloquente, schillernde, großspurige, generöse Herr Schneider war schon ein gern gesehener Guest im Rathaus. Er war nicht nur dies, sondern Rathausmitarbeiter waren sein Guest. Von Herrn Hitschfeld, dem Büroleiter des Oberbürgermeisters und Wahlkampfleiter, wissen wir es von ihm selbst. Ich frage mich nur, und erwarte eine Antwort auf diese Fragen: Ist es üblich, daß Investoren Herrn Hitschfeld in ihre Nobelresidenzen einladen? Wer hat den Auftrag erteilt und mit welchem Auftrag ist er überhaupt in den Taunus gefahren? Wer hat die Kosten getragen? Wenn er einer privaten Einladung gefolgt sein soll, dann ist dies gleichermaßen verwunderlich. Daran kann auch nichts ändern, daß Herr Hitschfeld in Aussicht stellt, sich nach seinem Aufenthalt in Königstein (Taunus) zum Sozialisten entwickeln zu wollen. Das ist schon noch ein weiter Weg bis dahin für Herrn Hitschfeld. (Anmerkung d. Red.:

In der Debatte wurde durch den Oberbürgermeister erklärt, daß Herr Hitschfeld in seinem Auftrag Mittel für die großangelegte Werbekampagne „Leipzig kommt!“ aquirierte hat.)

Das zweite Beispiel ist die Abhängigkeit, in die sich die Stadtverwaltung im Kulturbereich begeben hat. Dies geht schon über gewolltes und auch zu förderndes Sponsoring hinaus.

4. Daß dies die SPD in dieser Stadt kalt getroffen hat, wie ein Parteifreund des Oberbürgermeisters in der o. g. Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung* zitiert wird, mag sein. Dieser Anschein wird durch die hektische Betriebsamkeit des Oberbürgermeisters in den ersten Ta-

Daten zur Leipziger Pleite

Fakt ist, daß vom Schneider-Skandal in Leipzig bis zum 18.4.1994 zirka 80 Betriebe der Leipziger Region betroffen sind und der Umfang der Forderungen zur Zeit 20 Millionen DM beträgt.

Die Stadtverwaltung und damit auch der Oberbürgermeister übernehmen keine Verantwortung für das, was hier geschehen ist, das heißt, die betroffenen Handwerker und mittelständischen Betriebe erhalten keine Ausfallgarantien.

Als Hilfe für die Betroffenen will die Stadt Vorkasse leisten, um damit Liquiditätsschwierigkeiten dieser Betriebe zu verhindern. Es gilt, so der OB, Einfluß auf die Banken zu nehmen, die Schneider unterstützt und gefördert haben, und so deren Verantwortung einzufordern.

Großen moralischen Schaden hat Schneider auch in der Kulturszene angerichtet. Angebote, als Sponsor bei einigen Künstlern aufzutreten, um diese zu fördern, sind hinfällig.

Über einen Leipziger Kuntpreis, den Schneider stiftete wollte und der im Herbst verliehen werden sollte, braucht man nicht mehr zu sprechen.

Schneider erwarb auch das Romanushaus. In diesem Haus waren Vereine, die im Kulturamt angesiedelt bzw. von ihm gefördert wurden, untergebracht. Im Zuge der Rekonstruktion mußten diese in ein anderes Objekt ziehen. Hier betrug die Miete 28 DM/qm (ein unverschämter hoher Preis). Diese Miete beglich Herr Schneider, er erhielt dazu vom Kulturamt einen Zuschuß von 12 DM/qm. Was jetzt wird, ist noch nicht klar, aber eines ist gewiß, das Kulturamt kann eine derart hohe Miete nicht zahlen. So ist neben dem riesigen materiellen Schaden auch ein immenser moralischer Schaden in der Kulturszene entstanden.

gen verstärkt. Die erste Presseerklärung diente der Reinwaschung der politisch Regierenden. Was noch viel schlimmer war, sie machte klar, daß die betroffenen Handwerker- und Gewerbetreibenden von dieser Stadtverwaltung nichts zu erwarten haben.

Ich bin froh, daß das sich so nicht zu bestätigen scheint. Offensichtlich haben wirtschaftsfreudlichere Kräfte in der Stadtverwaltung zur Vernunft gemahnt und sich durchgesetzt. Das begrüße ich. Die Stadt sitzt mit im Boot, um die Auswirkungen dieses Debakels von den Leipziger Bürgerinnen und Bürgern weitgehend abzuhalten.

„Leipzig kommt!“ oder „Leipzig geht seinen Weg!“, wie es der Oberbürgermeister als seine Maximen verkündet. Von den Leipzigerinnen und Leipziger ist dabei nicht die Rede. Viel wichtiger ist jedoch, daß sie die eigentlichen Gestalter ihres Lebens bleiben und sie Nutznießer einer guten Entwicklung Leipzigs sind. Wenn das Schneider-Debakel zu einer Besinnung bei den politisch verantwortlichen Parteien in dieser Stadt führt, dann kann ein solches Ergebnis etwas Heiliges haben, wenn nicht, dann ist ihnen nicht mehr zu helfen. Leipzig braucht einen Wandel!

Kein Grund zur Absage der Demonstration!
Obwohl der eigentliche Anlaß, nämlich das Fußball-Länderspiel BRD-England, durch die Absage des Englischen Fußballbundes

entfallen war, hieß das Aktionsbündnis „Kein Länderspiel am 20. 4.“ sowie die PDS an ihrem Aufruf zur Demonstration gegen die zunehmenden faschistischen Umrübe

fest. Bedingt wohl auch durch das schlechte Wetter beteiligten sich nur rund 3000 vor allem ausländische und junge Menschen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorrangstellung für christliche Kirchen

Mitte April stimmte der Landtag mehrheitlich einem Vertrag mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche Mecklenburg sowie der Pommerschen Evangelischen Kirche zu.

Mit diesem noch vom zurückgetretenen Ministerpräsidenten Seite ausgehandelten Vertrag wird „in gut staatskirchlicher Tradition Freundschaft zwischen Staat und Kirchen beschworen ... Insgesamt werden die Kirchen aufgewertet und damit zwangsläufig andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zumindest im Rechtsbewußtsein abgewertet“, urteilt der Augsburger Verwaltungsrichter Dr. Czermak in seinem Gutachten.

485000 Mitglieder zählen die Evangelischen Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern. Damit sind sie zwar die größte Religionsgemeinschaft, aber mit einem 25%igen Anteil an der Bevölkerung dennoch eine Minderheit. Als solche erhalten sie 13 Millionen Mark pro Jahr für die Finanzierung von Kirchenleistungen, Pfarrerbesoldung und -versorgung, weitere 13 Millionen als einmalige Zahlung für sonstige Ansprüche, Steuerfreiheiten nach Landesrecht. Einen Anspruch auf jährliche 7 Millionen Mark für kirchliche Bauten leiten die Evangelischen Kirchen ab aus Regelungen, die noch aus dem Feudalismus stammen, und erhalten sie mit dem Vertrag prompt anerkannt — für immer und ewig, denn eine zeitliche Begrenzung oder eine Kündigungsmöglichkeit sind in dem Vertrag nicht vorgesehen.

Laut Begründung zum Staatsvertrag liegt es „im Interesse des Landes, daß an den evangelisch-theologischen Fakultäten authentische evangelische Religion gelehrt wird“. Deshalb leistet sich Mecklenburg-Vorpommern zwei theologische Fakultäten für die Ausbildung von 500 kirchlichen Nachwuchskräften. Und: Die Anstellung eines jeden Hochschullehrers „bedarf hinsichtlich Lehre und Bekenntnis ... der Zustimmung der zuständigen Landeskirche“.

Trotzdem auch in der Landesverfas-

sung Mecklenburg-Vorpommerns die Trennung von Kirche und Staat festgeschrieben ist, wird im Vertrag eine „Kooperation“ zwischen Regierung und Kirchenleitung institutionalisiert. Freut sich der EKD-Kirchenrechtler Axel Freiherr von Campenhausen: „Hieraus kann man etwas machen.“

Quelle: ND vom 19. 4. 94 — (har)



Zweiteilung zementiert

Bonn. Rund 1000 Lehrer aus Ostdeutschland und Ostberlin demonstrierten am 28. April in Bonn gegen ihre Diskriminierung. Sie bauten symbolisch ein Stück Mauer auf, um auf die andauernende Spaltung hinzuweisen (siehe unser Bild).

Vor fast genau einem Jahr demonstrierten 10000 Lehrer in Greifswald für ihre Gleichstellung mit den westdeutschen Kollegen. Sie erreichten, daß sich die Kultusministerkonferenz einstimmig für ihre Forderung einsetzen wollte. Geändert hat sich jedoch nichts. Vor allem wegen der Weigerung der Finanzminister werden die rund 150000 ostdeutschen Lehrer nach wie vor 1-2 Gehaltsstufen niedriger eingruppiert.

Die Aktion am vergangenen Donnerstag sollte Druck auf den Bundesrat aus-

BERLIN-DIYARBAKIR

PDS beantragt Städtepartnerschaft

Mit einem Antrag auf Abschluß einer Städtepartnerschaft Berlin-Diyarbakir hat die

PDS-Faktion die Regierungskoalition von CDU und SPD unter Druck gesetzt.

Der am 21. April im Abgeordnetenhaus eingeführte Antrag lautet: „Der Senat wird aufgefordert, mit der nordkurdischen Stadt Diyarbakir Verhandlungen über den Abschluß einer Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Diyarbakir zu führen.“

Zur Begründung bringt die PDS-Faktion vor: „Die Stadt Diyarbakir ist das Zentrum des von Kurdinnen und Kurden bewohnten Gebietes in der Südost-Türkei. In dieser größten Stadt der Region konzentrieren sich die Auswirkungen der Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk.“

Die bisherige Meinung des Regierenden Bürgermeisters, sich mit Auslandsreisen und Städtepartnerschaften für die Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten gerade auch in Städten und Ländern einzusetzen, die sich deren Verletzung schuldig machen, sollte mit dieser Städtepartnerschaft eine tätige Umsetzung finden. Im Rahmen einer solchen Städtepartnerschaft sind Kontakte zu den dort lebenden Menschen und Nichtregierungsorganisationen — insbesondere den von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen — aufzubauen und zu entwickeln.“

Erstmals ist dieser Antrag der PDS nicht sofort abgeschmettert worden, sondern an den Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten im Abgeordnetenhaus verwiesen worden. Die weiteren Beratungen könnten den Vereinigungen der kurdischen Minderheit in Berlin — darunter die erst kürzlich gegründete „Kurdische Gemeinde“, die sogar von der Parlamentspräsidentin Laurien empfangen worden war — Gelegenheit geben, ihre Anliegen gegenüber dem Abgeordnetenhaus vorzubringen. Sie könnten zudem den Kurdinnen und Kurden in Diyarbakir ein wenig erleichtern, die Berliner Öffentlichkeit über den Terror des türkischen Regimes und ihren Widerstand dagegen zu unterrichten und vielleicht die eine oder andere Unterstützung zu gewinnen — im Sinne einer „Städtepartnerschaft von unten“. Insofern wäre dem PDS-Antrag eine breitere Unterstützung zu wünschen. — (rül)

FAP - Aufmarsch am 1. Mai verhindert

Berlin. Erneut konnte am diesjährigen 1. Mai ein Aufmarsch der FAP verhindert werden. Bereits im Vorfeld hatte der DGB Berlin-Brandenburg frühzeitig ein Verbot des faschistischen Aufzugs von den Verantwortlichen gefordert. Im Gegensatz zu früheren Jahren verbot die Polizei am vergangenen Freitag (29. 4.) den Aufmarsch. Die FAP erhob beim Berliner Verwaltungsgericht Einspruch, und erwartungsgemäß hob das Verwaltungsgericht das Verbot am Samstag (30. 4.) wieder auf. Daraufhin wurde eine gewerkschaftliche Gegenkundgebung angemeldet, die in unmittelbarer Nähe des geplanten faschistischen Aufmarschplatzes genehmigt wurde.

Am 1. Mai selbst wurde auf den DGB-Demonstrationen und dem Kundgebungsplatz zur Teilnahme an der Gegenkundgebung aufgerufen. Viele Gewerkschaftsmitglieder machten sich auf den Weg dorthin.

Offensichtlich waren es der FAP zuviele. Sie sagte ihre Kundgebung ab. — (har)

Gespräch mit Heinrich Graf von Einsiedel über Waffenexporte, über Nichteinmischung, über die BRD als Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten und über „Standortpolitik“

Heinrich Graf von Einsiedel,
München, 35 Jahre lang Mitglied der SPD, bewirbt sich um den Spitzenplatz der bayerischen Landesliste der PDS zur Bundestagswahl. Seine Bewerbung wurde aus der Münchner PDS-Gruppe angeregt, vom Bundesvorstand der PDS positiv aufgenommen und vom Wahlparteitag der PDS begrüßt. Wahrscheinlich im Juni wird die Landesversammlung der PDS in

Bayern entscheiden.
Die „Politischen Berichte“ danken Heinrich für seine Bereitschaft zu einem ausführlichen Gespräch über Fragen antimilitaristischer Außenpolitik. Das Gespräch führten Martin Fochler, Dieter Liebig und Brigitte Wolf (alle in der Redaktion der „Münchner Lokalberichte“) am 27. April in München.
Für uns, und da wird es den meisten

Leserinnen und Lesern der „Politischen Berichte“ ähnlich gehen, war in dem langen und spannungsreichen Gespräch oft erstaunlich, daß Argumentationsansätze, die wir zur Begründung bürgerlicher Politik kannten, Einsiedel zu einer schroffen Opposition zur herrschenden Politik führen.

So führt ihn z. B. seine Kritik am Stalinismus nicht zu der gängigen

bürgerlichen Konsequenz, den Angriff Hitlers als Befreiung gutzuheissen, sondern zu der Konsequenz, daß „man damals dennoch auf Seiten der Sowjetunion stehen“ mußte ... Der folgende Beitrag von Heinrich Einsiedel ist seine Antwort auf in diesem Gespräch vorgebrachte Fragen. Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion der „Politischen Berichte“ eingefügt. — (maf)

Oberstes außenpolitisches Gebot: Friedenssicherung

Außenpolitik ist ein höchst vertracktes und kompliziertes Problem, bei dem man mit vorgefaßten Urteilen, ideologischen Scheuklappen und ohne sehr genaue Detailkenntnisse sich leicht in Sackgassen verirrt. Auch hat man es oft mit sich einander automatisch widersprechenden Prinzipien zu tun, mit unvermeidlichen Interessenkonflikten, die manchmal Kompromisse erzwingen, die viele ideale Wünsche offenlassen.

Oberstes Gebot jeder Außenpolitik ist die Friedenssicherung, die Vermeidung jeglicher kriegerischer Konflikte. Denn Krieg — speziell Bürgerkrieg — ist immer eine entsetzliche Verletzung der Menschenrechte.

Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ist ohne Zweifel ein sehr wichtiges Element der Friedenssicherung. Aber es gerät leider nur zu oft in Konflikt mit der Pflicht zur Verteidigung der Menschenrechte, ob es sich nun um Staaten handelt wie das Nazireich, die Sowjetunion und andere in der Vergangenheit, oder um Staaten wie Südafrika, die Türkei, China, Irak, Kuwait, Iran usw., wo heute die Menschenrechte in eklatanter Weise verletzt werden.

Unsere grundsätzlich pazifistische Grundeinstellung kann in Konflikt geraten mit den Naturrecht auf Notwehr gegen militärische Aggression, mit dem Widerstandsrecht von Minoritäten gegen terroristische, an Völkermord grenzende Unterdrückung durch herrschende Majoritäten.

Zu Stalin: „Dennoch mußte man damals auf Seiten der Sowjetunion stehen“

Ein Deserteur aus der Naziwehrmacht, der einfach nicht mehr für die Nazis kämpfen, töten und sterben wollte, ist eben was anderes als ein Deserteur aus einem Kampfverband, der gegen mörderische Aggressoren kämpft, die in sein Land eingefallen sind, um es von der Landkarte zu löschen und sein Volk auszurotten oder bestenfalls als Zwangsarbeiter überleben zu lassen.

Sicherlich war Stalin ein ebensolcher Massenmörder wie Hitler, der Zahl der Opfer in Friedenszeiten nach sicherlich sogar ein noch schrecklicherer. Sein Bürgerkrieg gegen die Völker der Sowjetunion kostete in der Zwangskollektivierung etwa 14 Millionen Bauern und ihren Familien das Leben. Er vernichtete Hunderttausende, wenn nicht Millionen Mitglieder der bolschewistischen Partei und viele Tausende von Kommunisten, die vor den faschistischen Aggressoren in den Sowjetunion Asyl gesucht hatten.

Er liquidierte über 40000 höhere Offiziere der Roten Armee und an die 20000 Politkommissare und lud Hitler damit

praktisch ein, den Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion zu wagen. Dennoch mußte man damals auf Seiten der Sowjetunion stehen, denn Nazideutschland war der Aggressor und die Völker der Sowjetunion kämpften gegen die Wehrmacht um das nackte Überleben.

Man kann aber nicht übersehen, daß auch beim Kampf gegen solche Kriegsverbrecher wie Hitler Kriegsverbre-

Kommen wir zu aktuellen Problemen wie dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien:

Der Balkan galt schon im vorigen Jahrhundert zu Recht als das Pulverfaß Europas, nicht erst seit dem großen Aufstand der Serben und Kroaten gegen die Türken 1875.

Das Habsburger Reich und das deutsche Kaiserreich im ersten und Hitler-

alten, nach-titoistischen Jugoslawie gekommen wäre, wage ich zu bezweifeln.

Leider hat sich auch in dieser Region wieder einmal bewiesen, daß das Prinzip und Schlagwort „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ eine höchst zweischneidige Angelegenheit ist, die nationalistischem Fanatismus Tür und Tor öffnet und wie schon von Hitler als Vorwand für Aggressionen und Terror gegen andere Völker mißbraucht werden kann.

Gerade die Siegermächte des ersten Weltkrieges, die ja Geburthelfer und Paten des nach diesem Krieg geschaffenen Vielvölkerstaates Jugoslawien gewesen waren, also Frankreich, Großbritannien und auch die USA hätten die Pflicht gehabt, ihr ganzes bedeutendes politisches Gewicht zur Geltung zu bringen, um die Escalation der großen inneren nationalen, religiösen und sozialen Konflikte in dieser Region zu einem mörderischen Bürgerkrieg zu verhindern und Druck auf die verschiedenen Parteien auszuüben, um ihre Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

Dies ist natürlich leichter gesagt als getan. Nachdem der Bürgerkrieg nun einmal ausgebrochen war, hätten die Vereinten Nationen und die europäischen Mächte längst die Verpflichtung gehabt, durch die Entsendung von Friedenstruppen die kämpfenden Parteien von einander zu trennen und dem gegenseitigen Morden ein Ende zu setzen. Daß dies möglich gewesen wäre, beweisen ja die leider viel zu spät erfolgten Ultimaten im Falle von Sarajewo und Gorazde.

Prinzipiell gegen Auslands-einsätze der Bundeswehr

Eine wie immer begründete Beteiligung der Bundeswehr an solchen Einsätzen lehne ich dennoch entschieden ab, aus verfassungsrechtlichen und historischen Gründen, und ich bin der Überzeugung, daß die internationale Gemeinschaft durchaus für diese Gründe Verständnis aufgebracht hätte. Und wenn nicht — nun dann könnte die Bundesrepublik auch damit leben. Die BRD sollte der erste Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten sein — so lange sie nicht zur Notwehr gegen einen unmittelbaren Angriff gezwungen ist.

Türkei: Deutsche Waffenlieferungen „unverantwortlich“

Die Türkei ist Mitglied der Nato und dadurch ein Verbündeter der Bundesrepublik. Dies mag anachronistisch sein. Aber damit werden wir wohl noch eine Zeitlang leben müssen. Doch Waffenlieferungen an einen solchen Staat, der auch einen regelrechten Bürgerkrieg gegen eine Minorität im Lande mit eben diesen Waffen führt, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, halte ich für unverantwortlich. Wie übrigens jeden Waffenexport.

Biographische Daten

Geb. 26. Juli 1921 in Potsdam
Abitur: 1. September 1939
Als Leutnant und Jagdflieger am 30. August 1942 bei Stalingrad abgeschossen und in sowj. Gefangenschaft geraten.
November 1942 Anschluß an die Gruppe antifaschistischer Offiziere.
12./13. Juli 1943 Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Einsatz als Frontbevollmächtigter des NK bei der Roten Armee bei Melitopol und in der Ukraine und bei der 2. Belorussischen Front zusammen mit Lew Kopelew zwischen Warschau und Ostpreußen.
Denunziation bei Beria wegen angeblicher Verleumdung der Roten Armee.
Entlassung aus Gefangenschaft Ende Juni 1947, danach bis Dez. 48

Redakteur bei der Täglichen Rundschau, der Zeitung der sow. Militärregierung.
8. Dez. 1948 Flucht aus der SBZ zu Theodor Plivier.
1950 Veröffentlichung des „Tagebuchs der Versuchung“ über die Zeit in Gefangenenschaft und bei der TR. Grundsätzliche Kritik am Stalinismus und seinen deutschen Ablegern.
Arbeit als Übersetzer und Drehbuchautor. Später auch als Verkaufsleiter für Elektronik.
Verheiratet, zwei Söhne, 21 und 18 Jahre.
35 Jahre Mitglied der SPD. Ausgetreten Ende 1992.

Anschrift:
Heinrich Graf von Einsiedel,
Trotzstr. 40
81675 München
Tel. 089/477710

chen geschehen können und geschehen sind, wie die Untaten der Roten Armee beim Eindringen in Deutschland oder die Massenvernichtung von Zivilbevölkerung durch die Luftangriffe der westlichen Alliierten auf deutsche Städte.

Balkan: Äußerste Zurückhaltung wäre angemessen

Diese Vorbemerkungen können die Kompliziertheit internationaler Beziehungen und damit der Außenpolitik nur skizzenhaft andeuten. Simple und undifferenzierte Pauschalurteile helfen dabei nicht weiter.

deutschland im zweiten Weltkrieg tragen ohne Zweifel eine riesige historische Mitverantwortung für das Geschehen heute in dieser Region.

Der deutschen Außenpolitik gegenüber den Völkern in dieser Region wäre also äußerste Zurückhaltung gegenüber jeder Einmischung in die dortige Entwicklung angemessen gewesen. Die von der Bundesrepublik forcierte Anerkennung Kroatiens als selbständiger Staat hat es an dieser Zurückhaltung fehlen lassen und damit sicherlich zur Destabilisierung der Lage beigetragen, wenn möglicherweise auch genau das Gegenteil damit erreicht werden sollte.

Ob es jedoch ohne diese Anerkennung Kroatiens nicht zur Auflösung des

Grundsätzlich haben in meinen Augen Kurden wie alle anderen Flüchtlinge und Deserteure aus Bürgerkriegsregionen Asylrecht in Deutschland. Auch wenn wir dafür Opfer bringen müssen. Aber sie dürfen natürlich nicht damit beginnen, ihre Auseinandersetzungen mit Gewalt auf deutschem Boden fortzusetzen. Dies kann und darf die Bundesrepublik verhindern, und die bestehenden Gesetze und Machtmittel reichen dafür aus.

Eine Auslieferung oder Ausweisung auch von in Deutschland straffällig gewordenen Flüchtlingen an einen Staat wie die Türkei, der grundlegende Menschenrechte mißachtet, darf nicht geschehen. Außer Todesstrafe und Folterungen gibt es ja leider noch viele andere Möglichkeiten, Menschenrechte gräßlich zu verletzen, von denen die Türkei ausreichend Gebrauch macht. Wenn solche Auslieferungen heute in der BRD angestrebt oder sogar schon praktiziert werden, ist dies ein drohendes Alarmzeichen, auf welche abschüssige Bahn sich die gegenwärtige Regierung begeben will. Noch alarmierender ist der Plan, eine deutsche elitäre Spezialtruppe für Einsätze in internationalen Krisengebieten zu schaffen.

Zur Oder-Neisse-Grenze

Bei aller Kritik und Skepsis gegenüber der derzeitigen Regierung der BRD halte ich es doch für gesichert, daß Deutschland die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Ostgrenze ein für alle Mal anerkannt und akzeptiert hat. Wenn man auch daran zweifeln müßte, könnten wir wirklich verzweifeln.

Für Asylrecht und Schutz von Minderheiten

Wenn wir das Grundrecht auf Asyl anerkennen, wenn wir international für den Schutz von Minderheiten eintreten, wenn wir für die Menschenrechte eintreten, soweit dies ohne direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten möglich ist, dann hat die BRD natürlich auch das Recht und die Pflicht, sich deutscher Minoritäten anzunehmen, die als Deutsche verfolgt oder unterdrückt werden. Allerdings ist mir kein aktuelles Problem dieser Art gegenwärtig.

Jede auf Überwindung des Nationalstaates und auf Europäisierung hinauslaufende Politik trifft auf zwei grundätzliche Schwierigkeiten: erstens auf normale und unvermeidliche Interessenkonflikte wirtschaftlicher und sozialer Art zwischen den Nationen und Regionen und zweitens droht die Gefahr einer höchst ungesunden antideutschen Zentralisierung wirtschaftlicher und bürokratischer Macht. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten setzt einen langwierigen Lernprozeß aller Beteiligten voraus und erfordert ein Höchstmaß von Geduld, gegenseitiger Rücksichtnahme und Fähigkeit zur Solidarität und auch zu Verzicht.

Gegen „Standortkonkurrenz“

Die Lohnabhängigen aller Staaten müssen zu einer neuen internationalen Solidarität gegenüber dem Angriff auf die sozialen Errungenschaften durch das internationale Kapital finden. Denn die multinationalen Konzerne sind daran interessiert, die Lohnabhängigen der verschiedenen Staaten mit dem berüchtigten *Standortargument* gegeneinander auszuspielen. Diese Strategie zu durchkreuzen, halte ich für eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft.

SPD vor dem Verfassungsgericht

Heiko Kretschmer zur SPD-Position im Verfassungskonflikt um Bundeswehreinsätze im Ausland

Am 19. April 1994 begann vor dem Bundesverfassungsgericht die mündliche Anhörung in jenem Hauptsacheverfahren, das die SPD-Bundestagsfraktion und über ein Drittel der Bundestagsabgeordneten gegen die Bundesregierung angestrengt hat, um die verfassungsrechtliche Lage der Bundeswehr zu regeln.

Bis Ende der 80er Jahre gab es in der Bundesrepublik einen verfassungsrechtlichen Konsens in der gesamten Republik. Dieser Konsens besagte, daß der Bundeswehr nur die Verteidigung der Bundesrepublik und der NATO-Bündnispartner erlaubt ist. In Art. 87a Abs. 2 des Grundgesetzes wird dieser Verteidigungsfall eindeutig festgeschrieben. Andere Einsätze der Bundeswehr werden im Grundgesetz nicht ausdrücklich erwähnt. Dagegen steht die Argumentation, daß die Bundesrepublik mit dem Beitritt zur UNO eine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen sei, die auch den Einsatz von Armee-Streitkräften unter dem Dach der UNO umfasse. Doch ein Blick in die Charta der UNO zeigt schnell, daß es keine Verpflichtung zur Bereitstellung solcher Truppen gibt. Es gibt ja auch genügend andere Staaten, die sich weigern, sich an internationalen Einsätzen zu beteiligen.

Erst seit Beginn der 90er Jahre mehrten sich die Versuche, den bestehenden Verfassungskonsens aufzukündigen. Dies gipfelte in der Verfassungskrise von 1992/93, als die Mehrheit des Parlaments (Opposition und FDP) die Verfassung anders verstand als die Bundesregierung. FDP und Opposition reichten Klagen beim BVerfG ein, um die Frage zu klären, ob die Bundeswehr an den AWACS-Einsätzen und in Somalia beteiligt werden durfte. Diese Klagen verfolgten sehr unterschiedliche Ziele. Die FDP wollte aus einem politischen Dilemma herausgeführt werden. Sie war zwar für diese Einsätze und auch für weiterreichende Kampftruppen der Bundeswehr, doch sie wollte nicht allzu offensichtlich ihre alte rechtsstaatliche Position einfach preisgeben. Daher ging sie nach Karlsruhe und bat dort quasi das BVerfG, die FDP-Klage zurückzuweisen. Entsprechend groß war die Freude in der FDP, als das BVerfG lediglich die Notwendigkeit sah, Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr durch einen entsprechenden Beschuß des Bundestages abzusichern.

Die SPD dagegen scheint eine konsequenter Haltung zu verfolgen. Ihren Parteitagsbeschlüssen gemäß will sie das Einsatzfeld der Bundeswehr auf Blauhelm-Einsätze begrenzen. Andere Kampftruppen der UNO oder auch der NATO will sie nicht unterstützen. Nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion ist jedoch kein out-of-area-Einsatz außerhalb der NATO-Territorien

vom Grundgesetz gedeckt. Daher will sie vom BVerfG eine restriktive Lesart des Grundgesetzes bestätigt bekommen. Anschließend wäre die SPD in der Frage der Änderung des Grundgesetzes in der Vorhand. Sie könnte bestimmen, wie weit die Änderungen gehen dürfen. Verliert die SPD dagegen, so muß sie schon die Bundestagswahlen gewinnen, um in den nächsten Jahren die Einsätze der Bundeswehr festlegen zu dürfen.

Die entstandene Situation ist schon grotesk. Noch vor wenigen Jahren hätten alle Beteiligten darauf bestanden, daß die Bundeswehr eine reine Verteidigungsmacht ist, und heute werden in den Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesverteidigungsministeriums und im Weißbuch 194 die Planung für mobile Einsatztruppen offen benannt. Die Bundesregierung hat schleichend seit dem Beginn des 2. Golfkrieges 1991 eine Grauzone geschaffen und die Verfassung ausgehöhlt. Immer weiter trieb sie scheibenweise das Spiel. Schritt für Schritt wurde die Verfassung in Frage gestellt. Dabei scheute sie sich auch nicht, wie Anke Fuchs (SPD) vor dem BVerfG deutlich machte, das BVerfG zu belügen. „Diese in Hinsicht unklare Situation ermöglichte es der Bundesregierung zudem, zur Rechtfertigung, etwa des Somalia-Einsatzes, unrichtige Tatsachen zu behaupten. Daß die Tatsachen alle nicht stimmten, wie wir hier vor dem Verfassungsgericht miteinander beraten haben, hat sich im nachhinein klar herausgestellt.“

Die Stellung der SPD vor dem höchsten bundesdeutschen Gericht könnte also klarer nicht sein. Wenn da nicht diejenigen in der SPD wären, die diese Klage zu hintertreiben versuchen. An erster Stelle ist hier der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose zu nennen. Er hat immer wieder versucht, die Positionen der Bundesregierung in der SPD durchzusetzen. Damit war er zwar überraschend deutlich auf dem letzten SPD-Parteitag gescheitert, doch das BVerfG hat den Wink deutlich verstanden. Die RichterInnen sprechen es in der einstweiligen Anordnung deutlich aus. Das BVerfG hat Klagen zu verhandeln, die von den KlagevertreterInnen selber nicht ernstgenommen werden und lediglich in einem taktisch-politischen Streit vermitteln sollen. Dies ist nicht die Aufgabe des BVerfG. Daher gaben sie den Ball an das Parlament zurück.

Mittlerweile, nach dem Scheitern der Blauhelm-Missionen in Bosnien und Somalia, ist zwar die Kritik in der SPD an solchen Einsätzen wieder größer geworden, doch der Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat wird nicht müde zu beschwören, daß eine SPD-Bundesregierung den außenpolitischen Kurs der CDU/FDP/CSU-Regierung nicht ändern würde. Was soll das in Bezug auf die Bundeswehr anderes heißen, als die Preisgabe sozialdemokratischer Positionen?

Unabhängig, wie man zur SPD-Position in Sachen Blauhelme steht, läßt sich feststellen, ein verfassungsrechtlicher Schutz gegen mobile Kampftruppen der Bundeswehr bestünde nur noch dann, wenn die SPD vor dem BVerfG obsiegt. Die Chancen stünden nach dem Scheitern der letzten Bundeswehreinsätze nicht schlecht. Doch der Wankelkurs der SPD ist einer der größten Stolpersteine für die Klage.

Das BVerfG muß sich dagegen klar machen, daß es nicht die Legislative oder die Exekutive darstellt. Urteile, wie das zum § 218, in denen das Gericht quasi Gesetze vorformuliert und sich in politische Fragen einmischt, untergraben die Glaubwürdigkeit des Verfassungsgerichts. Ein Urteil, das den bis 1990 herrschenden Verfassungskonsens negiert, würde diesen Trend erheblich verstärken. Die Folge wären nicht eine verstärkte Staatsverdrossenheit in der Bevölkerung, sondern auch PolitikerInnen, die das BVerfG immer häufiger in politischen Fragen anrufen und sich dadurch um politische Entscheidungen zu drücken versuchen. Daran sollte das BVerfG kein Interesse haben.

Heiko Kretschmer ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln) (zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg) Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czerninskistr. 5, 10829 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:
Berlin: GNN-Verlag, Czerninskistr. 5, 10829 Berlin, Tel. 030/7815222, Fax: 030/7848925.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3320816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/62093.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.



PDS-LL NRW

Landesliste steht. Ein breites Spektrum linker Politik. Von Dirk Küsters

Mehr als 100 Leute nahmen an der Landesversammlung der PDS/LL NRW am 23. 4. 1994 in Essen teil. In seinem Bericht konnte der Landesarbeitsausschuß feststellen, daß sich der Landesverband mit nun 16 aktiven Gruppen und 230 Mitgliedern konsolidiert hat. Die Zeiten, als die PDS im Westen sich jedes Jahr zu drei Vierteln austauschte, sind augenscheinlich vorbei.

Der Vormittag war mit Diskussionen zur Wahlkampfsvorbereitung und Nachwahlen zu den Parteigremien gefüllt. In einem Beitrag zur Politik der PDS im Westen betonte der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe der PDS/LL im Bundestag, Gregor Gysi, die Notwendigkeit der PDS im Bundestag. Die Option vieler Linker auf eine rot-grüne Koalition verwies er ins Reich der Fabeln, da selbst bei einer Mehrheit von SPD und Grünen das gesellschaftliche Klima für Rot-Grün zur Zeit nicht gegeben sei. Es komme vielmehr darauf an, die Opposition auch im Parlament zu stärken.

Die Wahlmitgliederversammlung der PDS/LL NRW zur Aufstellung der Landesliste für NRW zu den Bundestagswahlen brachte nach der Mittagspause ein Ergebnis zustande, das ein breites Spektrum linker Politikansätze und Biographien repräsentiert.

Als Spitzenkandidat in NRW wurde Gregor Gysi nominiert. Er erhielt 64 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und kämpft zusätzlich in Berlin-Marzahn/

Hellersdorf erneut um sein Direktmandat. Gysi betonte in seiner Vorstellung die Notwendigkeit, im Westen neue Schichten für PDS-Politik zu gewinnen.

Platz zwei nimmt Ulla Jelpke ein, die schon 1990 über die Landesliste NRW in den Bundestag eingezogen ist und seitdem als parteilose Abgeordnete in den Bereichen Antifaschismus, Gefangenearbeit und Flüchtlingspolitik mit ihren MitarbeiterInnen das Profil der PDS/LL im Westen mitbestimmt.

Den ebenfalls parteilosen „Pfarrer von Rheinhausen“, Dieter Kelp, nominierte die Versammlung auf Platz drei. Sein Engagement, auf christlich-sozialistischer Grundlage, in den Arbeitskämpfen im Ruhrgebiet und darüber hinaus, beeindruckte auch die mehrheitlich atheistische Versammlung. Mit ihm hat die PDS eine wichtige Symbolfigur sozialer Bewegungen für sich gewinnen können.

Platz vier nimmt mit Ulla Lötzer aus Köln ein Mitglied des Landesarbeitsausschusses der PDS/LL NRW ein. Die Gewerkschafterin (HBV) setzte sich überraschend gegen zwei Gegenkandidatinnen durch. Mit Erwin Ebeling (Platz sechs) aus Hagen, langjähriger Betriebsratsvorsitzender der Krupp-Stahlwerke Südwestfalen AG und Vorstandsmitglied der DKP, sowie Anna Schulte (Platz sieben) aus Dortmund, Mitglied der VSP und erste Industriemeisterin Metall in der Region, ist das gewerkschaftliche Spektrum auf weiteren guten Listenplätzen vertreten.

Der seit zwanzig Jahren in Deutsch-

land lebende Kurde mit deutscher Staatsangehörigkeit, Fikri Arslan aus Essen (Platz acht), wird im Wahlkampf die Benachteiligung der kurdischen Bevölkerung durch die rassistische Politik der Bundesregierung und deren verlogene Politik gegenüber der Türkei anprangern. Im Bündnis mit anderen Linken, wird dies auch ein wichtiges Arbeitsfeld des gesamten Landesverbandes der PDS im Jahr 1994 sein.

Der neunzehnjährige Schüler Mark Breuer aus Moers, auf Platz zehn der Landesliste, ist ein Ausdruck der Ausstrahlung des Landesverbandes in ein sehr junges WählerInnenpotential.

Dirk Küsters ist Sprecher der PDS/LL

Jede Stimme für Links ist eine Stimme gegen RECHTS



Landesverband Nordrhein-Westfalen
Ernestinenstraße 29 · 45141 Essen
Fax 0201-21 5813

PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

TERMINE

12.5. 18. Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen „Unterm Geier. Die BRD auf dem Weg zur Weltmacht?“, bis 13.5., Kulturzentrum Tollhaus, Schlachthausstr. 1, Karlsruhe. Infos: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

14.5. Konferenz der Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in der PDS, bis 15. Mai, in Hamburg, Bürgerhaus Wilhelmsburg. Informationen bei AG Betrieb & Gewerkschaft, 030-28 409404

4.6. Koordinationsausschuß Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie, ab 13 Uhr, Haus der Jugend, Deutschherrnauer 12, Frankfurt/Main.

Arbeitstagung öffentlicher Dienst, 8.30 Uhr bis ca. 16 Uhr, gleicher Ort.

5.6. Redaktion von Kritik und Widerstand von 10 bis 13 Uhr, ebenfalls in Ffm, Haus der Jugend.

12.6. Wahlen zum Europäischen Parlament. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

26.6. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Thüringen, Kommunalwahlen in NRW

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

Auseinandersetzung, Ausgrenzung?

Angelika Beer zur Diskussion in Bündnis 90/Grüne über die PDS

Das neue Diskussionsorgan „Schrägstrich“ von Bündnis 90/Grüne veröffentlichte in seiner Ausgabe 4/94 zwei Beiträge zur Diskussion in der grünen Partei über den Umgang der Partei mit der PDS. Während Gerd Poppe in gewohnter Manier „entschieden“ gegen die PDS kämpfen will, plädierte Angelika Beer für eine „politische Auseinandersetzung“. Wir dokumentieren den Beitrag von Angelika Beer.

Bayerns Innenminister Beckstein forderte Ende '93 die Beobachtung der PDS durch den Verfassungsschutz. Sein Ziel: Ein schnelles Verbot der PDS...

Der Aufschrei der DemokratInnen gegen das angedrohte Verbot hielt sich in Grenzen. Zwei Monate später war alles anders. Die Reaktion auf die Kandidatur des parteiunabhängigen Stefan Heym für die PDS: „töricht und pervers“ sei Heyms Kandidatur – so klang es nicht aus Bayern, sondern in Stellungnahmen bündnisgrüner Politiker. In einem Atemzug setzte Konrad Weiß Rechtsradikalismus und antisemitische Schmierereien mit der PDS gleich.

Während Bündnisgrüne verbal auf Heym einschlugen, anstatt sich mit der PDS und deren Politik auseinanderzusetzen, konterte SPD-Verheugen den bayerischen Verbotswunsch überlegen – es werde für die SPD keine politischen Bündnisse oder Koalitionen geben, jedoch – wenn geboten – punktuelle Zusammenarbeit. Und der Brandenburger CDU-Vorsitzende Eppelmann forderte die „massive inhaltliche Auseinandersetzung“, statt die Verbotskeule zu schwingen. Und wie gehen

wir im Wahlkampfjahr 94 mit dem politischen Gegner PDS um?

Es wäre fatal, der PDS lediglich den Stempel der SED-Nachfolgepartei aufzudrücken und die notwendige Auseinandersetzung gar nicht erst zu beginnen. Das hervorragende PDS-Ergebnis in Brandenburg (21,12 %) hat sich als „Testwahl“ erwiesen, daß Stasi-Hatz und Verunglimpfung einzelner Kandidaten das Gegenteil vom Erhofften erzielen. Vor allen in den fünf neuen Ländern haben die Menschen allen Grund, den etablierten Westparteien ihre Stimme zu verweigern. Politisch törichte Angriffe, die Diffamierung des politischen Gegners zeugen darüber hinaus von der Unfähigkeit des Angreifenden, sich mit der ostdeutschen Vergangenheit auseinanderzusetzen. So wie manche Polemik oder manchmal auch der Haß derzeit von einigen Bündnisgrünen an die Öffentlichkeit gebracht wird, treiben sie unzufriedene Wähler in die Arme des politischen Gegners, der PDS.

Wenn wir die Menschen davon überzeugen wollen, daß sie grün wählen müssen, um Kohl abzuwählen, dann dürfen wir nicht wie oben beschrieben agieren. Vor allem dürfen wir nicht aus Berührungsangst oder einem unausgesprochenen Unvereinbarkeitsbeschuß Politikfelder räumen oder uns von politischen Aktionen zurückziehen, nur weil die PDS dort bereits aktiv ist. Konsequenz davon wäre, daß immer mehr „grüne Flecken“ in unserer politischen Praxis und Wahrnehmbarkeit für andere entstehen. Ich plädiere dafür, die politische Auseinandersetzung mit der PDS zu suchen. „Die Grünen und die früheren Bürgerrechtsgruppen der

DDR müssen ihre Erinnerungen, ihre politischen Erfolge und Fehler aus der Vergangenheit aufarbeiten, damit die Zukunft nicht gefangen bleibt in der Vergangenheit.“ Diesen wichtigen – und richtigen – Satz formulierte Gerd Poppe anlässlich der von Bündnis 90/ Die Grünen initiierten öffentlichen Anhörung über unsere „deutschlandpolitische Vergangenheit“. Der Erfolg dieser wichtigen Aufarbeitung der letzten Jahre, die alle anderen Parteien, auch die PDS, strikt verweigern, wird nur dann Bestand haben, wenn wir mit differenzierter Politik an die anderen herantreten und sie damit bewußt unter Druck setzen, Gleicht zu tun.

Die PDS ist weder einfache SED-Nachfolgerin noch eine homogene Partei. Neben ihren radikal oppositionellen Forderungen gilt es, berechtigte Zweifel zu ziehen, ob sie eine linksradikale Partei ist. Diejenigen, die den sogenannten realexistierenden Sozialismus über Jahrzehnte aktiv mitgetragen haben und auch heute noch von vergangenen Zeiten träumen, sind nicht Vertreter einer linken, sondern einer menschenverachtenden Politik. Diejenigen, die aus vergangenen Fehlern gelernt haben und heute glauben, mit der PDS eine linke oder linksradikale Partei im vereinten Deutschland aufbauen zu können, stoßen in den eigenen Reihen auf Widerspruch. Und die wenigen West-Mitglieder – viele von ihnen kennen wir gut aus der eigenen früheren politischen Zusammenarbeit – füllen nicht selten die politischen Lücken, die durch das Scheitern der Grünen bei der letzten Wahl zum Bundestag gerissen wurden.

Die PDS ist nicht Gregor Gysi. Verbalradikalismus und Undifferenziertheit von uns aus werden verhindern, deutlich zu machen, daß die PDS – sollte Gysi einmal plötzlich nicht mehr an der Spitze stehen – ähnlich wie die FDP nach Genschers Abgang ihr Profil der linken Oppositionspartei verlieren dürfte.

Gysis Auftritt in der Bonner Runde zur Niedersachsenwahl hat trotz allem rhetorischen Geschick deutlich gemacht, wo die politische Schwäche der PDS liegt. Sie hat kein politisches Konzept für eine längst fällige Wende in Bonn, sondern beginnt heute einen Prozeß, den wir Grünen bereits erfahren und abgeschlossen haben: es ist einfach, Radikalopposition gegen alle anderen zu sein. Aber Gysis Konzept ist veraltet. Es bietet keine Antwort auf die dringenden Fragen, wie die Schieflage der Nation aufzufangen und auszugleichen ist. Bündnis 90/ Die Grünen haben auf dem Mannheimer Parteitag diese Antworten weitgehend formuliert. Wir brauchen eine politische Auseinandersetzung mit der PDS nicht zu scheuen. Vielmehr müssen wir sie suchen – sachlich –, um unseren Wahlspruch umzusetzen: wer Kohl ablösen will, muß grün wählen!

Angelika Beer ist Mitglied des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen.

Die Zeitschrift „Schrägstrich“ wird herausgegeben vom Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen und ist zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen, Ehrental 2-4, 53332 Bornheim.

Der Arbeiterbund bestimmt sein Verhältnis zur DKP neu

Dokumentiert aus: **Kommunistische Arbeiterzeitung**, Ausgabe Nr. 253 vom 22. April 1994

Am 19./20. März 1994 fand im Hochtaunus ein Arbeitstreffen derjenigen Mitglieder des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD statt, die an der Kommunistischen Arbeiterzeitung mitarbeiten. (Die „KAZ-Fraktion“ hatte sich im

Herbst 1990 konstituiert und ab da die Kommunistische Arbeiterzeitung wieder regelmäßig herausgegeben.) Thema des Treffens im März war „Unser Verhältnis zur DKP“. Dabei sollte überprüft werden, ob und inwieweit Aussagen zur DKP, wie sie in

unserem 1974 verabschiedeten Programm enthalten sind, heute für uns noch Gültigkeit haben können. Nach intensiver, oft kontrovers, aber stets solidarisch geführter Debatte wurde mehrheitlich die unten stehende Resolution beschlossen.

Unter den 58 Teilnehmern befanden sich 11 Gäste, die den öffentlichen Charakter des Treffens nutzten, um sich näher über unsere Organisation zu informieren und um ihre Erfahrungen in die Diskussion mit einzubringen.

RESOLUTION „Unser Verhältnis zur DKP“

1. Der 9. November 1989 markiert eine Niederlage¹ der ganzen deutschen Arbeiterbewegung und steht im Zusammenhang mit einem Rückschlag für die ganze internationale Arbeiterbewegung.² „Der Hauptfeind des ganzen deutschen Volkes war und ist der deutsche Imperialismus“.³

Diese Einschätzung wurde in der Niederlage bestätigt. Daran hatten die Spaltung Deutschlands durch den Imperialismus und die 40jährige Existenz zweier deutscher Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ebensowenig geändert wie die Spaltung der Arbeiterklasse in Ost und West.⁴

Es handelt sich also keineswegs nur um ein „Scheitern“ der DDR, sondern auch um eine Niederlage aller, die in Westdeutschland mit der Perspektive angetreten sind, den deutschen Imperialismus revolutionär zu bekämpfen und zu überwinden.

2. Der Opportunismus⁵ hat als zersetzende Kraft in den kommunistischen Parteien und Organisationen zur Niederlage beigetragen.

Die Generallinie der friedlichen Koexistenz, des friedlichen Wettbewerbs und des friedlichen Übergangs ist gescheitert.

Die theoretischen Postulate, – nach denen in den Ländern des sozialistischen Lagers die Frage „Wer-Wen“ bereits endgültig entschieden sei und die gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr Erscheinungsformen des Klassenkampfes seien, – nach denen sich das internationale Kräfteverhältnis bereits „unumkehrbar“ zu Lasten des Imperialismus verändert habe, sind durch die Entwicklung widerlegt.

3. Die mit dem 9. November 1989 verbundene Niederlage ist aber keine „Niederlage des modernen Revisionismus“, da sie mit keinerlei Stärkung der revolutionären Kräfte einherging. Sie markiert vielmehr gleichermaßen das Unvermögen des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD (und der anderen Kräfte in unserem Land, die mit dem Anspruch antraten, den modernen Revisionismus von marxistisch-leninistischen Positionen zu kritisieren), den Opportunismus wirksam zu bekämpfen.

4. Das Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD vom 19./20. März 1994 erklärt in bezug auf Aussagen unseres Programms von 1974⁶ ausdrücklich:

Wir schätzen die DKP in der entstandenen Situation nicht als „neue sozialdemokratische Partei, ... linke Speerspitze des Sozialdemokratismus innerhalb der Arbeiterklasse, ... trübes Sammelbecken des modernen Revisionismus“ ein, sondern als wichtigen Teil der revolutionären und kommunisti-

schen Bewegung unseres Landes.

Die KAZ-Fraktion „bekämpft“ nicht „die DKP als konterrevolutionär wirkende Organisation mit dem Ziel, die revolutionären Teile zu gewinnen für die Sache der Arbeiterklasse und um sie einzugliedern in den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“.

Sondern: Wir streben die Zusammenarbeit mit ihr und den gemeinsamen Kampf um die Einheit und Vereinigung der Kommunisten an.

5. Wir gehen davon aus, daß uns diese Neubestimmung unserer Haltung, wie sie in Punkt 4 ausgesprochen ist, nicht von der anderen Fraktion des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD unterscheidet, sondern – wie aus ihrer Praxis (Bündnispolitik; Agitation und Propaganda) hervorgeht – von den Ge- nossen, die sich um das Zentralkomitee geschart haben, geteilt wird. Wir hielten es für nützlich für die Einheit aller

Opportunismus in der Arbeiterbewegung unseres Landes in einer Weise zu kritisieren und zu bekämpfen, die zu seiner revolutionären Überwindung wirksam beigetragen hätte), dann müssen wir auch prüfen, ob unser Verhältnis zur DKP, insbesondere die Einschätzung und Charakterisierung der DKP in unseren programmatischen Dokumenten, unter den Bedingungen vor 1989 richtig waren.

Diese Frage sollte man heute nicht abschließend zu klären versuchen, zumal sie auch Fragen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und Widersprüche, die sich aus der Entstehungsgeschichte der beiden Organisationen ergeben haben, betrifft.

7. Das Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion ist der Ansicht, daß sich durch die Niederlage des 9. November 1989 und die seither stets wachsende Bedrohung der Existenzbedingungen der Arbeiter

Anmerkungen:

(1) Der Niederlage vom 9. November 1989 folgten weitere Niederlagen und konterrevolutionäre Entwicklungen (Rumänien, CSSR, Albanien; der März und Oktober 1990 in Deutschland; die Zerstörung der Sowjetunion) auf dem Fuße. Außerdem hat der 9. November 1989 natürlich eine Vorgeschichte der Niederlagen der Arbeiterbewegung und der reaktionären Veränderung der Kräfteverhältnisse: weltweit, in der BRD, zwischen BRD und DDR sowie innerhalb der DDR. All das ist gemeint, wenn von der „Niederlage, die durch den 9. November 1989 markiert wird“, die Rede ist – oder im Folgenden noch kürzer von der „Niederlage des 9. November 1989“.

(2) Schon zum dritten Mal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung (nach 1918/23 und 1933) manifestierte sich damit ein Rückschlag für die Weltrevolution in Deutschland.

(3) Damit Deutschland den Deutschen gehört! Programmatische Erklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands. Verabschiedet von der a.o. Delegiertenkonferenz im Februar 1974, Regensburg o.J. S. 6. „Heute müssen die Arbeiter und Bauern in West- und Ostdeutschland an verschiedenen Fronten kämpfen. Aber nach wie vor höchst aktuell eint sie das Interesse am erfolgreichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus, den Hauptfeind der deutschen Nation.“ (a.a.O., S. 31)

(4) „Heute zeichnet sich bereits ab, daß es für den deutschen Imperialismus mit ... der Spaltung Deutschlands nicht getan war, sondern daß er damit zu einem noch furchtbareren Schlag gegen das ganze deutsche Volk ausgeholt hat. Einmal in Westdeutschland und Westberlin wieder an die Macht und in den Besitz der Fabriken gelangt, wuchs dieser Schmarotzer an der Schaffenskraft des werktätigen Völkes nicht nur von Tag zu Tag, stieg er auf dem Rücken der Werktätigen nicht nur zur größten Wirtschafts- und Militärmacht Westeuropas empor, sondern reicht ihm Westdeutschland immer weniger und nähren seine Erfolge nur seinen alten Traum vom großdeutschen Reich, in das die DDR ‚heimgeholt‘ wurde, vom Europa, das ihm einschließlich Osteuropa zu Füßen liegt, und von der Welt, die zu seinen Gunsten neu aufgeteilt wird.“ (a.a.O., S. 10)

(5) Chruschtschow-Revisionismus

(6) Programm des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD. Im Entwurf erarbeitet vor dem Überführungskongress 1973. In seiner endgültigen Form verabschiedet von der außerordentlichen Delegiertenkonferenz im Februar 1974, 3. Auflage, München 1982, S. 40-42.

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Drei Gerichtsurteile in der Woche nach Lübeck 3

Bonn / Jugoslawien: Wie man erfolgreich einen Krieg eskaliert 4

Quittung für den Streikverzicht Neues „Beschäftigungs-förderungs“ gesetz 6

IG Metall: Warnung vor dem eigenen Tarifvertrag 7

FAZ vereinbart 20. Juli 1994 „Gleichgewicht durch Hegemonie“ 9

8. Mai 1945: Niederlage oder Befreiung? 10

Tschechoslowakische Republik: Als sie das erste Mal entzweigeraissen wurde 11

US-Interessenvertretung in Havanna: Streng geheim 12

Wahlen in El Salvador: Systematisches „Chaos“ 13

Brasilien: ... 14

Revolutionäre und Kommunisten, wenn sie diese Orientierung ebenfalls ausdrücklich und öffentlich zum Ausdruck brächten.

6. Diese Neuorientierung und neue Bestimmung unseres Verhältnisses zur DKP erfolgt in erster Linie auf Grundlage einer realistischen Einschätzung der durch die Niederlage vom 9. November 1989 entstandenen neuen Situation.

Wenn wir, wie in Punkt 3 dargestellt, davon ausgehen, daß diese Niederlage auch unsere ist, daß wir sie mit den Ge- nossen der DKP teilen (und daß es uns offensichtlich nicht gelungen ist, den

und der anderen Werktätigen, der Demokratie und des Friedens durch den deutschen Imperialismus die Frage der Einheit der Revolutionären auf neue Wei- se stellt und dringlich auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Wir sind der Überzeugung, daß man der Einheit nur näher kommen kann, wenn alle Organisationen und Strömungen vor allem die eigenen Fehler selbstkritisch untersuchen.

So wollen wir dazu beitragen, daß die Arbeiterbewegung in diesem Land wieder in die Lage versetzt wird, den Imperialismus anzugreifen.

Die verdeckte Sprache der „Republikaner“ kann kritisiert werden

Eine Untersuchung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) hat sich erneut kritisch mit der Sprache der Republikaner befaßt. Sonja Bredehöft und Franz Januschek zeigen in ihrem Buch „Doppelzüngler“, wie mit den Mitteln der Diskursanalyse nachgewiesen werden kann, daß die schriftlichen Aussagen der Republikaner so abgefaßt sind, daß sie gegenüber Staatsorganen, die diese Partei wegen rassistischer, volksverhetzender oder gegen die Verfassung gerichteter Äußerungen zu beobachten und zu verfolgen suchen, zwar unangreifbar gemacht werden sollen, daß man diesen Anschein aber durchbrechen kann. Man könne nachweisen, daß eine verdeckte Sprache gewählt wurde, die außer der für jeden erkennbaren Bedeutung einen weiteren Sinn zuläßt, der für Kenner des Sprachgebrauchs der alten Faschisten erschließbar ist. Das gehe so weit, daß oft nur durch das Unterlegen von Texten der Republikaner mit älteren faschistischen Texten als „Codeknacker“ ein sinnvoller Zusammenhang hergestellt wird. Absicht der beiden Autoren ist zu zeigen, daß man vor der verdeckten sprachlichen Arbeitsweise der Republikaner nicht zu resignieren braucht und sehr wohl eine treffende Kritik daran führen kann.

Die Untersuchung ist die überarbeitete Fassung eines Gutachtens über Sprache und Ideologie der Republikaner, das das DISS im Auftrag des Innenministeriums Niedersachsen erarbeitete. Dem Innenministerium war vom niedersächsischen Oberverwaltungsgericht per einstweiliger Verfügung 1993 im Eilverfahren untersagt worden, die Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Das Gutachten sollte beweisen, daß in den gesammelten REP-Texten verdeckt formuliert werde, und zwar mit dem Ziel, die Grundsätze der Verfassung zu bekämpfen, ohne daß dies rechtlich zu beanstanden wäre.

In dem Gutachten werden zunächst einige sprachliche Mittel beschrieben, die insbesondere von rechtsextremistischen Parteien zum Zweck der Verdeckung ihrer Absichten angewendet werden. Diese Mittel sind hauptsächlich die Vieldeutigkeit und die Anspielungen. Wenn die Republikaner in ihrem Landesprogramm Baden-Württemberg von 1992 sagen: „Wir REPUBLIKANER halten die Frage der Westgrenze Polens an der Oder-Neiße Linie (...) nach wie vor für offen“, so schließt das die Deutung, die Republikaner billigten einen Angriffskrieg, nicht aus. Daß so eine Deutung aber nahegelegt werden soll, schließen Bredehöft und Januschek aus der nachgestellten Distanzierung: „Wir bekräftigen ausdrücklich, daß eine Lösung der ostdeutschen Frage nur gewaltfrei erfolgen kann. Das Unrecht der Vertreibung darf sich nicht wiederholen.“ Die Sprachwissenschaftler weisen darauf hin, daß es ganz ungewöhnlich sei, in einem programmatischen

Dokument zuerst etwas zu sagen und sich dann gleich davon zu distanzieren. Dies könnte nur mit der Absicht geschehen, eine Bedeutung, die gegen die Verfassung gerichtet ist, in die Köpfe zu bringen. Man müßte vielleicht hinzufügen, daß innerhalb der Distanzierung sogleich ein neuer Angriff unternommen wird. Man kann leicht die Ineinsetzung von Gewaltanwendung und Vertreibung herauslesen, womit die Angegriffenen, nämlich die in Polen lebenden Menschen, zu Aggressoren gegen Deutsche gemacht werden.

*

Das andere wichtige sprachliche Mittel, die Anspielung, funktioniert oft so, daß einschlägige Begriffe der deutschen Faschisten durch ähnlich konstruierte Begriffe ersetzt werden. Z.B. bezeichnete Schönhuber 1992 die Republikaner als eine „sozial-patriotische Kraft“. Es kommt hier auf die Kombination der beiden Bestandteile an, die eine ähnliche Vorstellung hervorrufen wie der Begriff „nationalsozialistisch“. Die Republikaner haben bewußt solche Ersatzbegriffe in ihren eigenen Sprachgebrauch aufgenommen. So verlangt z.B. Goller, ihr Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen, den eindeutig faschistischen Begriff „Umvolkung“, dessen Gebrauch in Österreich einen öffentlichen Skandal bewirkt hatte, zu ersetzen durch „Volksaustausch“: „Mölzer (...) hat das Wort Umvolkung in unserem Nachbarvolk wiedereingeführt und damit eine Presselawine losgetreten (...) Wir REPUBLIKANER sollten das Kind beim Namen nennen und selbst in die wortprägende Offensive gehen. In unserem Land findet ein Volksaustausch statt, und wir müssen diese Tatsache umkehren.“ (Zweiter Satz im Original unterstrichen, d. Verf.) (DISS 39)

Bei anderen Gelegenheiten verwen-



det derselbe Goller den Begriff „Ethnopluralismus“. Sonja Bredehöft und Franz Januschek geben dazu folgende Definition: „Die Theorie des ‚Ethnopluralismus‘ unterscheidet sich vom nationalsozialistischen Rassismus im wesentlichen dadurch, daß die Abgrenzung von Menschengruppen nicht über das Kriterium der Blutsverwandtschaft, sondern der Zugehörigkeit zu einer kulturell und geschichtlich definierten Volksgemeinschaft erfolgt. Für das alltägliche Verhalten ist dieser Unterschied kaum relevant, da ‚Fremdheit‘ nicht einfach festgestellt, sondern ganz wesentlich durch Zuschreibung hergestellt wird. Insofern liegt es nahe, in der Berufung auf den ‚Ethnopluralismus‘ lediglich eine Verhüllung der tatsächlich beabsichtigten Anknüpfung an den nationalsozialistischen Rassismus zu vermuten.“ (S. 40) Sie belegen ihre Vermutung durch die Gegenüberstellung von Forderungen zur Ausländerpolitik, wie sie in den 25 Forderungen in U. Gollers Schrift „Rechts-gedacht Modell Ethnopluralismus“ und in den 25 Punkten des Programms der NSDAP von 1920 enthalten sind. (S. 41/42)

*

Anschließend wird ein Text der Republikaner durchgehend analysiert. Das Papier „Erziehungsreform und die Schule von Morgen“ wurde 1991 von der Landesmitgliederversammlung der Republikaner in NRW unter dem Titel „Erziehungspolitische Leitgedanken“ mehrheitlich angenommen. In der Analyse wird nachgewiesen, daß es sich um ein Nazifizierungsprogramm handelt, das sich durchgehend auf faschistische Texte und insbesondere auf Passagen in Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“ bezieht.

Nachdem die Herausbildung der Urteilsfähigkeit als Bildungsziel der Schule verworfen worden und durch Diffamierung der Begriff „Kritik“ negativ besetzt ist, sagen die Republikaner, was sie für vorrangig halten: „Wo kein Aufbruch in die Welt erfolgt, wie er der Jugend entspricht, wo man nicht einmal mehr weiß, was es heißt ‚wem Gott will rechte Gunst erweisen‘, werden die Jugendlichen als Stubenhocker verkümmern oder einen gewaltsausbruch versuchen.“ (S. 53) Gegenübergestellt wird eine Passage aus „Mein Kampf“, die auch wörtliche Übereinstimmungen enthält: „Er (der völkische Staat, d. Verf.) hat seine Erziehungsarbeit so einzuteilen, daß die jungen Körper schon in ihrer frühesten Kindheit zweckentsprechend behandelt werden und die notwendige Stähllung für das spätere Leben erhalten. Er muß vor allem dafür sorgen, daß nicht eine Generation von Stubenhockern herangebildet wird.“

*

Die Republikaner dokumentieren in diesem Programm ihren Antisemitismus: „Es ist die Aufmerksamkeit dafür

zu schärfen, daß nur die Geschichtslüge des Schutzes der Inquisition oder des Staatsanwaltes bedurfte oder bedarf. „Wer die freie Diskussion seiner Forschungsergebnisse fordert, ist in diesem Punkt immer im Recht. Nur Lügner werden durch die Wahrheit beleidigt.“ Zu Recht weisen die Verfasser der Untersuchung darauf hin, daß ihnen außer der Behauptung von Neofaschisten, die Vernichtung von Millionen jüdischer Menschen in Auschwitz sei eine Lüge, kein Fall bekannt ist, wo Menschen, nämlich die Opfer dieser faschistischen Politik, durch die Verbreitung solcher Behauptungen als Tatsachen beleidigt würden. Die Republikaner stellen die Juden, die dagegen protestieren, daß die „Auschwitzlüge“ von neuen Faschisten zum Forschungsgegenstand gemacht wird, als notorische Lügner hin.

Die Republikaner stacheln die Leute an, die sie sich mit ihrem Programm wenden, an, diese Unwahrheit selber zu verbreiten, und sagen, dies erfordere Mut und Wahrheitsliebe. Es sei „der furchtlose Bekenntnis zur Wahrheit der einzige Weg, der die Menschen aus ihrer Selbstverschuldung Unmündigkeit herausführen kann“. Sonja Bredehöft und Franz Januschek kritisieren den Bezug auf Kant und die Verkehrung seiner Ansichten als zynisch. Die Verfasser schreiben:

„Der Vergleich mit dem Ursprungszitat von Immanuel Kant aus seiner Schrift ‚Was ist Aufklärung?‘ (1784) soll die Perfidie seiner Vereinnahmung deutlich machen:

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“

In einem Papier zur Erziehungspolitik ein Indoktrinationsprogramm entwickeln, die Schüler aller Voraussetzungen für eigene Urteilsfähigkeit berauben, Kritikfähigkeit als Pessimismus, fanatische Kritiklosigkeit als Kritikfähigkeit, Wahrheit als Lüge und Lüge als Wahrheit ausgeben und sich bei alledem auf Kant berufen, das alles ist nicht nur Wortverdreherei in bester Goebbelscher Manier, sondern in etwa so zynisch wie der Satz ‚Arbeit macht frei‘ über den Eingangstoren der Konzentrationslager. Der Geschichtsunterricht, so läßt sich dieser Abschnitt zusammenfassen, wird in den Dienst rechtsextremistischer Geschichtsverfälschung gestellt.“ (S. 71/72)

Sonja Bredehöft/Franz Januschek, *Doppelzüngler. Die Sprache der „Republikaner“*. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Duisburg 1994, 15,- DM – (anl)

Sonja Bredehöft / Franz Januschek

Doppelzüngler

Die Sprache der „Republikaner“